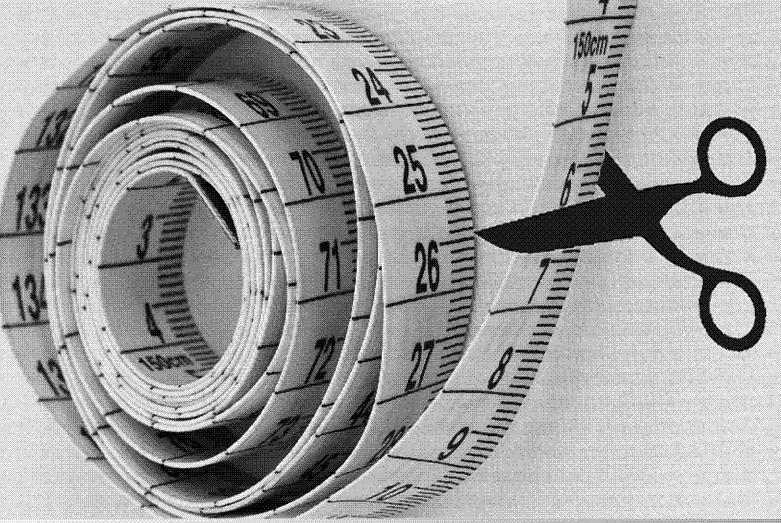
# Dienstzeitverkürzung

Fauler Kompromiss oder Glücksfall?



#### TITEL

6 Die neue Regierung hat die Verkürzung der Wehr- und Zivildienstdauer auf 9 Monate angekündigt. "Fauler Kompromiss oder Glücksfall" fragt Stefan Philipp

#### INTERVIEW

4 Die Kirche muss sich friedensethisch deutlicher positionieren, sagt Günter Knebel, DFG-VK-Mitglied und Geschäftsführer der Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer

## **SOLIDARITÄT**

Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden 2009

#### KRIEGS- ODER FRIEDENSPOLITIK?

12 Frieden ist nicht der Geist des Vertrages, sagt Reiner Braun, der die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP unter friedenspolitischen Aspekten angeschaut hat

#### **FRIEDENSARBEIT**

- 14 Im Mai 2010 findet in New York die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages statt, Essen ist 2010 die europäische Kulturhauptstadt. Zur Kultur gehört auch Frieden, und so schildert Joachim Schramm, wie Essen für New York wichtige Impulse liefern kann.
- 16 Peace Action TraininX. Seltsamer Begriff, aber Roland Blach klärt auf über die "Aktionsakademie" der DFG-VK im November 2010

#### KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

18 Der US-Deserteur Andre Shepherd hat vor einem Jahr in Deutschland Asyl beantragt und hat von vielen Gruppen Unterstützung erfahren. Dafür bedankt er sich nun und informiert über den Stand seines Asylverfahrens.

#### **ANTIMILITARISMUS**

- 19 Ist die Anerkennung von Krieg und Militär die Voraussetzung von "Politikfähigkeit"? Beobachtungen dazu von Klaus Schramm
- 20 Die USA wollen zwar ihren "Raktenabwehrschirm" nicht länger realisieren. Oder nur nicht so, wie zunächst geplant? Marion Küpker liefert interessante Fakten.
- 22 Elsa Rassbach über den Friedensnobelpreis für einen Kriegspräsidenten

#### **RUBRIKEN**

- 11 Kolumne von Tobias Pflüger
- 24 Briefe
- 25 Kommentar von Kathrin Vogler
- 26 DFG-VK-INTERN Monty Schädel berichtet vom DFG-VK-Bundeskongress in Hannover

Die ZivilCourage-Redaktion ist ab sofort unter dieser neuen Telefonnummer zu erreichen:

040-58966161

Titelfoto: Viktor Mildenberger/pixelio.de

#### WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27 29 82 31, Telefax 27 29 82 32, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer

Monty Schädel, c/o DFG-VK, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 0177-887 1014, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage

Bertha-von-Suttner-Stiftung

Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer

c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee

BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

#### DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-596 4961, eMail nds-hb@dfgvk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

#### IMPRESSUM

#### Redaktionsanschrift

ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-5896 6161, Telefax 03212-1028255, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

#### Herausgeberin

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

#### Redaktion

Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

#### Druck

GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-60 03 45, Telefax 0711-640 33 94

#### Vertrieb

Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834, Telefax 0711-3202833

#### ISSN

1614-1954

#### Anzeigenverwaltung

SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-1805 8285, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

#### Erscheinungsweise

zweimonatlich, sechs Mal jährlich

#### Haftungsausschluss

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

#### Offizielle Stellungnahmen

der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

#### Nachdruck

von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

#### Bezugsbedingungen

Mitglieder der DFG-VK erhalten die Zivil-Courage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

#### Redaktionskonto

DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

#### Beilagen

Postkarte und Infoflyer der DFG-VK (Gesamtauflage), Broschüre der IPPNW (Teilauflage), "Südwest-Kontakte" des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilauflage)

#### Redaktionsschluss

für diese Ausgabe war der 6. Dezember. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar, Redaktionsschluss ist der 18. Januar 2010.



Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift "Courage" und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift "Zivil" heraus.

#### **AUSZEICHNUNG**

#### Preis für DFG-VK-Bundessprecher

Für "25 Jahre wagemutigen Widerstand gegen die deutsche Rüstungsindustrie" erhielt DFG-VK-Bundessprecher Jürgen Grässlin den diesjährigen "Preis für Zivilcourage" der Solbach-Freise-Stiftung. Die Jury begründete ihre Entscheidung mit Grässlins "konsequentem Widerstand gegen die Rüstungslobby". Mit ihrem Preis möchte die Stifterin Anne Solbach-Freise darauf hinweisen, "dass Zivilcourage in unserem Lande immer seltener wird, dass aber gerade diese Bür-



gertugend den Boden bildet für ein Umdenken im Einsatz für mehr Gerechtigkeit." In seiner Dankesrede rief Gräss-

lin zum "zivilcouragierten Handeln" auf, z.B. durch Demonstrationen vor Bundeswehrkasernen, von denen aus Soldaten nach Afghanistan aufbrechen oder die Aufnahme von Deserteuren. Verliehen wurde der mit 5.000 Euro dotierte Preis Mitte November in Bodenwerder, dem Heimatort der Stifterin.

#### **FRIEDENSKONFERENZ**

#### München, 5.-7. Februar 2010

Bereits zum achten Mal führt ein hauptsächlich von der DFG-VK getragenes Bündnis vom 5. bis 7. Februar 2010 die Internationale Münchner Friedenskonferenz durch. Mit dem Motto "Frieden und Gerechtigkeit gestalten - NEIN zum Krieg" setzt sie wieder einen deutlichen Kontrapunkt zu der ebenfalls in München stattfindenden Sicherheitskonferenz, zu der Politiker und Regierungsvertreter anreisen. Höhepunkte der Friedenskonferenz ist ein internationales Forum am Samstag, 6. Februar, im Alten Rathaus. ReferentInnen sind Asha Hagi, Trägerin des alternativen Nobelpreises 2008 zum Thema Arbeit für Versöhnung und Frauenrechte im Bürgerkriegsland Somalia, die Kolumbianerin Aleiandra Londono zum Thema Arbeit für Entmilitarisierung, Kriegsdienstverweigerung und gegen Zwangsrekrutierung im Bürgerkrieg in Kolumbien sowie die ehemalige US-Kongressabgeordnete Cynthia McKinney. Weitere Infos und das Gesamtprogramm im Internet: www.friedenskonferenz.info



Liebe Leserin, lieber Leser,

ein "feiner Mensch" sei er, betonte Bundeskanzlerin Merkel bei der Entlassung ihres Arbeits- und Sozial- und vormaligen Kriegsministers Franz Josef Jung. Oder sollte man lieber sagen "Stabilisierungsminister" ñ das war die Vokabel, mit der Jung die Tatsache des Krieges in Afghanistan und die deutsche Beteiligung daran immer zu verschleiern versuchte. Tarnen und täuschen ist das Motto des Militärs - und entsprechend versuchte der "feine Mensch" Jung auch nach dem von einem deutschen Oberst befohlenen Massaker in Kundus Anfang September die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Es ging ja auch um was, die Bundestagswahl fand schließlich nur wenige Wochen später statt. Apropos Bundestag: Nicht das beharrliche Nachfragen von Abgeordneten brachte die Wahrheit über die Bomben auf eine fast zweihundertköpfige Menge von Zivilisten heraus, sondern ausgerechnet ein von der "Bild"-Zeitung veröffentlichtes Video. Jungs Nachfolger Freiherr zu Guttenberg - wahrscheinlich auch ein feiner Mensch, mindestens ein in feines Tuch gewandteter - spricht nun immerhin von "kriegsähnlichen Zuständen" und bezeichnet die Bombardierung als "unangemessen" (wobei er nur wenige Wochen vorher das exakte Gegenteil behauptet hatte). Aber alle Tricksereien nützen nichts: Nach einer repräsentativen Umfrage von ARD-Deutschlandtrend wollen 69 Prozent der Bevölkerung, dass die Bundeswehr "möglichst schnell" aus Afghanistan abzieht. Es bleibt also dabei: Regierung und Parlamentsmehrheit machen in einem zentralen Punkt eine Politik gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung. Keine erfreuliche Perspektive für die nächsten vier Jahre unter der Merkel-Westerwelle-Regierung (obwohl wir nicht vergessen werden, dass es die Roten und Grünen waren, die den ersten bundesdeutschen Krieg führten). Hatten wir von den eben

Genannten schon nichts Gutes erwartet. so ist die Enttäuschung bei vielen groß über den nach seiner Ankündigung, 30.000 mehr Soldaten nach Afghanistan schicken zu wollen, sich klar zum Kriegspräsidenten entwickelten Barak Obama. Elsa Rassbach, die als DFG-VK-Mitglied in Berlin lebende US-Amerikanerin, schreibt darüber (auf Seite 22) und macht Obama im Blick auf die Friedensnobelpreisverleihung einen interessanten Vorschlag. Wenn Ihr dieses Heft lest, hat Obama in Oslo sicherlich eine rührende Rede gehalten, schließlich hat er den Preis ja auch vor allem für seine Visionen erhalten. Aber so sehr Jung ein "feiner Mensch" sein mag und Obama ein "netter Kerl", der von einer Welt ohne Atomwaffen träumt - die Messlatte bleiben ihre realen Taten nach dem Motto "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen".

Abschließend noch einige Worte zur ZivilCourage selber: Es ist nach vier Jahren wieder einmal Zeit für eine gründliche Auffrischung. Wie bei einer Hausoder Wohnungsrenovierung wird man die Wände nicht einreißen, aber neu tapezieren und anstreichen und vielleicht das eine oder andere Möbelstück zum Sperrmüll geben und sich ein neues anschaffen. Dabei will alles gut überlegt sein - und in dieser Phase sind wir zurzeit. Vorschläge zur Gestaltung und zur inhaltlichen Konzeption sind deshalb gerne willkommen, am besten per Mail an zc@dfg-vk.de. Um eines kann ich jetzt schon bitten: So wie eine Wohnung auch von den darin aufgehängten Bildern lebt, so hängt die Lesbarkeit einer Zeitschrift entscheidend von den in ihr veröffentlichten Fotos ab Schickt deshalb auch ohne konkreten Anlass Fotos von Aktionen, Veranstaltungen, Personen (per Mail oder Abzüge per Post) sie kommen hier ins Archiv ... und dann irgendwann ins Heft. Vielen Dank.

Einen guten Start ins neue Jahr wünscht



# "Die Kirche muss sich friedensethisch deutlicher positionieren."

Interview mit Günter Knebel, Geschäftsführer der Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer

Das "Flaggschiff" kirchlicher Positionierung gegen Krieg und Gewalt, die von der EAK herausgegebene "Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit - zivil", die in Zehntausender-Auflage fünfmal jährlich kostenlos an alle evangelischen Zivildienstleistenden ging, wird zum Jahresende eingestellt. Seid ihr von allen guten Geistern verlassen?

Wir nicht. Wäre es nach uns gegangen, dann wäre diese wichtige und von den Lesern geschätzte und für wichtig gehaltene Publikation natürlich weiterhin in dieser Form erschienen. Der Rat der EKD hat im Rahmen von Sparmaßnahmen beschlossen, dass für Zivildienstleistende und die Teilnehmer in den Freiwilligendiensten eine Internetpräsenz aufgebaut werden soll. Außerdem soll "mindestens einmal im Jahr" ein ansprechendes Printmedium für diese Zielgruppe erscheinen.

Vor vier Jahren, als das BAZ-Organ "Der Zivildienst", also die Regiezur **Disposition** rungs-Postille, stand, hat die EKD noch gegen diese Einstellungsabsicht protestiert und argumentiert, dass eine Zeitschrift für Zivildienstleistende ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung sei. Etliche im Bereich der EKD sind nun wohl der Ansicht, es reiche aus, was die Zivis im Bereich der Fürsorge von staatlicher Seite erfahren.

#### Die "zivil" gibt es seit 1988...

... eigentlich noch viel länger: 1973 gründeten aktive Kriegsdienstverweigerer "wub - was uns betrifft", seit 1988 gibt es mit Werner Schulz einen hauptamtlichen Redakteur, 1995 wurde aus "wub" dann "zivil". Die Einstellung ist ein wirklich sehr beklagenswerter Verlust, aber all unsere Proteste haben nichts genützt. Wird denn "JS - Die Evangelische Zeitschrift für junge Soldaten", die im Auftrag der EKD von der Militärseelsorge monatlich erscheint, auch eingestellt?

Natürlich nicht. Im Gegensatz zu unserem Arbeitsbereich kostet die Militärseelsorge die Kirche kein Geld, sondern bringt der EKD und den Landeskirchen aus ihren Überschüssen sogar noch etwas. Durch den Militärseelsorgevertrag werden die Militärpfarrer staatlich bezahlt, wir hingegen als EAK sind rein aus EKD-Mitteln finanziert. Dieser große

Unterschied wirkt sich dann natürlich auch im politischen Gewicht aus.

#### Wird die EAK bald ganz "abgewickelt"?

Nein. Wenn ich Mitte nächsten Jahres in den Ruhestand gehe, wird meine Stelle wieder besetzt werden. Die EAK wird entgegen den Wünschen bestimmter Kräfte in der EKD - eine eigenständige Einrichtung bleiben und nach der gerade abgeschlossenen Umstrukturierung gemeinsam mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden gleichberechtigt die Geschäftsführung der "Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD" gestalten. Das, was bei uns und in den Landeskirchen friedensethisch ausgebaut wurde und geleistet wird, halte ich für so tragfähig, dass es auch eine Zukunft hat.

#### Frieden ist zurzeit aber nicht gerade das Top-Thema in der Kirche.

Immerhin hat die EKD vorletztes Jahr eine Friedensdenkschrift veröffentlicht, mit der sie sich den Auftrag gibt, die vorrangige Option für Gewaltfreiheit nachhaltig zu fördern.

#### Kommt sie dieser Selbstverpflichtung ausreichend nach?

Die globalisierte Welt wird immer kleiner und bevölkerter, die Frage, wie Konflikte bearbeitet werden, wird immer drängender. Eine Evangelische Kirche, wie sehr sie auch schrumpfen mag, wird darauf Antworten finden und geben müssen - und zwar deutlicher als bisher. Muss sie? Wo soll der Druck herkommen?

Das Missverhältnis zwischen den sich verschärfenden Konflikten und den bisherigen Methoden des Umgangs damit wird immer unerträglicher. Der Anachronismus, mit militärischen Interventionen soziale, politische und ökonomische Probleme lösen zu wollen, wird immer deutlicher. Nur ein Beispiel: Die Unsummen, die jetzt - Stichwort Frontex für militärische Abwehrsvsteme gegen Flüchtlinge verschwendet werden, gehören natürlich in die Länder, aus denen die Flüchtlinge kommen, aus denen sie die Not treibt. Diese Widersprüchlichkeit sehe ich als Druck von außen, und der wird auch bei den Kirchen ankommen, die sich friedensethisch dazu verhalten müssen. Erinnern wir uns: Vor den 1980er Jahren war das Friedensthema auch nicht gerade eines, was bei den

Kirchen beheimatet war. Die dann entstandene Friedensbewegung hat die Atomwaffen und die Kriegsgefahr zu einem gesellschaftlichen und politischen Hauptthema gemacht. Daran war die Kirche "von unten" maßgeblich beteiligt, man denke nur an die kirchlichen Friedenswochen, die an vielen Orten die Keimzellen von zahllosen Friedensinitiativen wurden.

#### Wie bewertest Du im Sinne einer deutlicheren Profilierung die Wahl von Margot Käßmann zur neuen **EKD-Ratsvorsitzenden?**

Es macht mir große Hoffnung, dass hier gewissermaßen eine Mitstreiterin diese wichtige Funktion übernimmt. Allerdings ... das Amt einer Ratsvorsitzenden ist eine vielschichtige Angelegenheit ...

Ihr Vorgänger Huber war ja in seiner Zeit als Theologieprofessor auch einmal ein profilierter Friedensethiker.

Ja, in den 1970er Jahren hat er in seiner Doktorarbeit eine rein kirchliche Struktur für die Seelsorge bei Soldaten entwickelt, eine deutliche Kritik an der Militärseelsorge. Unter seinen Ämtern als Berliner Bischof und EKD-Ratsvorsitzender hat das friedensethische Profil doch deutlich gelitten.

Wir reden hier über längere Zeiträume, die du auch aus eigenem Erleben beurteilen kannst. Würdest du sagen, dass wir die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung über die Frage von Krieg und Frieden verloren haben?

Aktuell ja. Diese Gewöhnung ans Militärische ist sehr weit fortgeschritten und findet eine Akzeptanz, die im Grund genommen nicht hinnehmbar ist. Andererseits gibt es aber auch Fortschritte auf der zivilen Seite. Ich denke z.B. daran, dass wir gerade das 20jährige Jubiläum des Bundes für soziale Verteidigung feiern konnten oder das 10jährige des Zivilen Friedensdienstes. Oder um einen Bereich zu nennen, in dem ich in den letzten Jahren zusammen mit Ludwig Baumann gearbeitet habe: Dass nun die Rehabilitierung der so genannten Kriegsverräter im Bundestag einstimmig beschlossen werden konnte - das wäre noch vor 10 Jahren völlig undenkbar gewesen. Es gibt also auch Fortschritte, die wir nicht gering schätzen sollten.

Ist das nicht vielleicht nur ein Alibi

#### für das, was im Großen ganz anders läuft bei den Rüstungsexporten, der deutschenBeteiligung an Kriegen etc.?

Diesen Aspekt gibt es vielleicht. Andererseits: Die Ablehnung des Irak-Krieges oder aktuell die mehrheitliche Ablehnung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan sind für mich Hoffnungszeichen.

#### Welche Rolle spielen die Kriegsdienstverweigerer bei dieser gesellschaftlichen Meinungsbildung und deiner Hoffnung?

Man muss wohl feststellen, dass das, was mit dem Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz beabsichtigt war - ich erinnere an den SPD-Abgeordneten Eberhardt, der im Parlamentarischen Rat von der "großen pädagogischen Wirkung" dieses Grundrechts sprach - heute von staatlicher Seite nicht gewünscht wird, sondern unterlaufen und marginalisiert. Bei den staatlichen Planungen zur Gestaltung des Zivildienstes als Lerndienst gab es sogar Überlegungen, als pädagogische Fachkräfte, die diesen Lerndienst mit organisieren und umsetzen sollen, auch ehemalige Offiziere der Bundeswehr einzusetzen. Geradezu eine Karikatur des **KDV-Grundrechts!** 

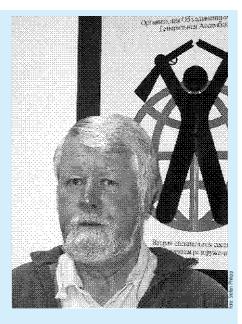
#### **KDV** spielt also keine Rolle mehr?

Doch, natürlich! Auch wenn Wehrpflichtige in absehbarer Zeit nicht damit rechnen müssen, bei Militärinterventionen und Auslandseinsätzen mitmachen zu müssen, bleibt die eigene Entscheidung ein wichtiges Moment. Das, was wir in der Kirche als Gewissensschärfung bezeichnen, ist nach wie vor eine bedeutsame Aufgabe. Wo sonst als bei der Frage der Kriegsdienstverweigerung sind Menschen in großer Zahl so gefordert, eine klare Position zum Krieg und der eigenen Beteiligung zu beziehen. Wir verstehen deshalb die KDV-Beratung umfassender als die reine Hilfestellung dazu, das staatliche Anerkennungsverfahren zu bestehen.

#### Wie nimmst du als langjähriges DFG-VK-Mitglied die Entwicklung unserer Organisation wahr?

Ich lese mit großem Interesse die Zeitschriften **ZivilCourage** und Forum Pazifismus. Aber ich bin natürlich relativ weit weg, auch wenn ich mich bemühe, in meinem Heimatort Bremen regelmäßig an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Aber so häufig finden die ja auch nicht statt, und wenn, dann trifft man dort eher die "alten Hasen". Genau so wie andere Organisationen hat die DFG-VK auch ein Nachwuchsproblem.

Günter Knebel, 60, ist seit 1982 Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK). Der Geschichts- und Politiklehrer kam während seines damals noch so genannten Ersatzdienstes zum VK, nahm die Fusion in seiner Person vorweg, indem er dann auch Mitglied der DFG-IDK wurde. Von 1974 bis 1982 war er Referent für Zivildienst im Bundesvorstand der DFG-VK. Bei seiner Anstellung als EAK-Geschäftsführer wurde ihm "nahegelegt", diese Funktion ebenso wie seine Mitgliedschaft im Vorstand der Zentralstelle KDV niederzulegen, da beides innerkirchlich "schwierig zu vermitteln" sei. Mit Günter Knebel sprach Zivil-Courage-Chefredakteur Stefan Philipp Mitte November in Bonn.



# INFO EAK

#### Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer

Die 1956 im Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht gegründete EAK ist eine Arbeitsgemeinschaft in der aus 22 Landeskirchen bestehenden Evang. Kirche in Deutschland (EKD). Höchste Repräsentantin der knapp 25 Millionen evangelischer Kirchenmitglieder ist als Vorsitzende des Rates der EKD seit diesem Herbst die Bischöfin Margot Käßmann, die seit 2003 auch Präsidentin der Zentralstelle KDV ist. Zusammengeschlossen sind in der EAK die von ihren regionalen Kirchen haupt- oder nebenamtlich Beauftragten für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende sowie Vertreter regionaler evang. Arbeitsgemeinschaften zur Betreuung der KDVer und von kirchlichen Werken und Verbänden, die mit KDVern zu tun haben. Von ihrem Selbstverständnis her ist die EAK Teil kirchlicher Friedensarbeit, weshalb sie nicht nur die Fachstelle für KDV- und Zivildienstfragen ist, sondern sich auch mit Fragen der Friedensethik, der Friedensentwicklung und Friedenspädagogik befasst. Staatliche Dienstpflichten, sowohl für militärische als auch für zivile Beschäftigungszwecke, hält die EAK für problemtisch und setzt sich demgegenüber für den Auf- und Ausbau freiwilliger ziviler Friedensdienste ein, die einen Beitrag zur Entwicklung einer "Kultur der Gewaltfreiheit" leisten.

#### Du bist doch sonst hoffnungsvoll.

Ja, ich erlebe natürlich bei den verschiedensten Friedensdemos, dass da viele junge Menschen sind. Das Potenzial ist

Im Rahmen der Neustrukturierung der Friedensarbeit im Bereich der EKD wurde eine "Konferenz für Friedensarbeit" etabliert, der neben Organisationen wie "Brot für die Welt", den Gliedkirchen der EKD auch die Evang. Seelsorge in der Bundeswehr angehört. Die Geschäftsführung dieser Konferenz wird von der gemeinsamen Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und der EAK geleistet. Vorsitzender der Konferenz ist der vom Rat der EKD beauftragte "Schriftführer" (= Bischof) der Bremischen Landeskirche Renke Brahms.

In unregelmäßigen Abständen verleiht die EAK den Friedrich-Siegmund-Schultze-Förderpreis für gewaltfreies Handeln; 2004 erhielt ihn die War Resisters´ International, 2001 Connection, 1995 die Peace Brigades International.

Die EAK ist Gründungsmitglied der Zentralstelle KDV und Mitglied des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerer (EBCO). Vorsitzender der EAK ist Walter Herrenbrück (Landessuperintendent i.R.), stellvertretender Vorsitzender ist der Eisenacher Diakon Wolfgang Geffe, der auch DFG-VK-Mitglied ist.

#### Kontakt

Schade.

EAK, Endenicher Str. 41, 53115 Bonn Telefon 0228-249990; office@eak-online.de, www.eak-online.de

also da, man muss es nur gewinnen. Aber ein Patentrezept dafür habe ich natürlich auch nicht.





## Von Stefan Philipp

ach Abzug von Urlaub, Lehrgang und Einarbeitungszeit würden Zivis nur noch drei bis vier Monate zur Verfügung stehen. Der damit verbundene Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen dieser Zeit", klagte der Memminger Diakonie-Chef Alexander von der Marwitz Ende November in seiner Heimatzeitung. Solche Klagen waren in den letzten Wochen landauf, landab aus den Wohlfahrtsverbänden zu vernehmen. Auslöser war ein kleiner Satz im vollmundig "Wachstum.

Bildung. Zusammenhalt." überschriebenen 133-seitigen Koalitionsvertrag. Darin hatten die beiden Christenparteien mit der Westerwelle-Truppe vereinbart: "Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren."

Schaut man sich die Ausgangsvoraussetzungen an, dann ist diese beabsichtigte Dienstzeitverkürzung auf den ersten Blick ein seltsames Ergebnis.

Im gemeinsamen Wahlprogramm "Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land" von CDU und CSU war die Wehrpflicht als notwendig "für die Sicherheit unseres Landes" bezeichnet worden. Sie "verbinde Bundeswehr und Gesellschaft", allerdings solle sie "attraktiver gestaltet" werden, und auch für "mehr Wehrgerechtigkeit" wolle man sorgen. Den Zivildienst, der "große sozial- und jugendpolitische Bedeutung" habe, "wollen wir als Ersatzdienst erhalten.

Ganz anders der Wunsch-Koalitionspartner FDP. Der hatte in seinem "Deutschlandprogramm" festgestellt: "Die Wehrpflicht ist nicht mehr zu begründen." Sie sei "in ihrer Ausgestaltung zutiefst ungerecht und für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mittlerweile sogar kontraproduktiv." Die Schlussfolgerung: Die Wehrpflicht "muss schnellstens ausgesetzt werden."

Bei der Aushandlung einer Koalitionsvereinbarung trafen also zwei Positionen aufeinander, die schlechterdings nicht miteinander vereinbar waren. Wer hatte sich nun also durchgesetzt und mehr Anteile der eigenen Position erreicht?

Dirk Niebel, der frühere FDP-Generalsekretär und nunmehrige Entwicklungsminister (und damit Chef des Ministeriums, das er zuvor hatte abwickeln wollen), behauptete am 7. November: "Die Verkürzung auf sechs Monate sehen wir als Einstieg in den Ausstieg." Gewinnerin die FDP also?

Niebels neue Chefin widersprach ihm vier Tage später bei der Abgabe ihrer ersten Regierungserklärung sogleich: "Die neue Bundesregierung hat entschieden, die Wehrpflicht auf sechs Monate zu verkürzen. Sie hat nicht beschlossen, die Wehrpflicht abzuschaffen - aus guten Gründen nicht. Jetzt geht es darum, die sechs Monate Wehrpflicht so effizient wie möglich auszugestalten, damit diese Verkürzung kein Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht wird. Damit das gelingt, wollen wir natürlich auch Maßnahmen ergreifen, die dann zu mehr Wehrgerechtigkeit als heute führen. Dazu sind wir entschlossen."

"Auf die Kanzlerin kommt es an", gibt ihr das Grundgesetz doch die Richtlinienkompetenz und ist sie auch die Repräsentantin des größeren Partners in der Regierung. Und die beabsichtigte Verkürzung der Dienstzeit um drei auf dann sechs Monate? Fauler Kompromiss oder Glücksfall? Will man diese Frage seriös beantworten, muss man einen Blick auf die Rahmenbedingungen werfen.

Der SPD-Mann Peter Struck hat sich zwar aufs Altenteil zurückgezogen, aber eine Aussage von ihm wird uns lange erhalten bleiben. Als fürs Militär von 2002 bis 2005 zuständiger Minister prägte er den legendären Satz: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt."

Dafür wird er noch heute auf der Homepage des Kriegsministeriums (www.bmvg.de) gefeiert, wenn es heißt, dass diese These seine Amtszeit "wohl am besten charakterisiert." Der nächste Satz dort lautet: "In seine Zeit fällt die Transformation der Bundeswehr zur Armee im Einsatz."

Hinter dem harmlosen Wörtchen "Transformation" verbirgt sich ein grundlegender Umbau des deutschen Militärs. Legt das Grundgesetz in Artikel 87a fest, dass "der Bund ... Streitkräfte zur Verteidigung" aufstellt, so war nach der Intention des verfassungsändernden Gesetzgebers 1956, als dieser Artikel ins Grundgesetz eingefügt wurde, gemeint, dass das Territorium der Bundesrepublik Deutschland gegen einen Angriff von außen militärisch verteidigt werden sollte. Klassische Landesverteidigung also; gegebenenfalls im Bündnis der Nato auch das Territorium eines anderen Mitgliedsstaates, weil nach dem Nato-Vertrag der Angriff auf ein Land als Angriff gegen die ganze Allianz verstanden würde.

Die während der 1990er Jahre zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr haben dieses Verständnis aufgeweicht – unterstützt durch die katastrophale Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1994, das die Nato, ein klassisches Bündnis gegen andere, zu einem "System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" im Sinne des Artikels 24 Grundgesetz umdeutete und damit den "Out of area"-Einsätzen den rechtlichen Segen gab.

Bis Struck galt aber: Kernaufgabe der Bundeswehr ist die Landesverteidigung, die aber weit verstanden werden kann. Seit Struck gilt hingegen: Landesverteidigung brauchen wir nicht, ist überflüssig! Nachzulesen in der offiziellen Militärdoktrin, den so genannten Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2003. Dort heißt, dass die Strukturen für die "Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angriff nicht länger benötigt" werden, lediglich die "Befähigung zur Landesverteidigung gegen einen Angriff mit konventionellen Streitkräften innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens - Rekonstitution -" müsse "gewährleistet sein."

Entsprechend wurde die Bundeswehr umstrukturiert und alle Soldaten, egal ob Grundwehrdienstleistender, Freiwillig länger Wehrdienstleistender oder Zeitsoldat, absolvieren dieselbe dreimonatige "Allgemeine Grundausbildung". An diese schließt sich eine ebenfalls in der Regel dreimonatige "verwendungs- und funktionsbezogene Dienstpostausbildung" an, anschließend ma-

chen die allermeisten wehrpflichtigen Soldaten bis zu ihrer Entlassung faktisch "Gammeldienst". In Einheiten, die für Auslandseinsätze eingeplant sind, kommen Grundwehrdienstleistende nicht.

Truppenteile, die speziell für die klassische Landesverteidigung im Sinne von Heimatverteidigung aufgestellt sind, gibt es nicht mehr, weil das "nicht länger benötigt" wird. Für die Bundeswehr gibt es den "Verteidigungsfall" – im Sinne von Artikel 115a GG: "Die Feststellung, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates." – faktisch nicht mehr. Auch deshalb werden z.B. seit Jahren keine Reservisten mehr zu Wehrübungen zwangsweise einberufen.

Im Übrigen würde der klassische "V-Fall" von der Gesetzeslage her nicht funktionieren können. Nach § 11 Absatz 2 Nr. 3 Wehrpflichtgesetz sind Wehrpflichtige auf Antrag zwingend vom Wehrdienst zu befreien, wenn sie verheiratet oder eingetragene Lebenspartner sind. Bei drohendem Krieg würden die Standesämter überrannt werden. Die genannte Regelung gilt sogar für diejenigen, die bereits - sowohl in Friedens-, wie auch in Kriegszeiten - Soldat sind, sie wären auf Antrag zu entlassen. Also: Im Verteidigungsfall sagt der Soldat A zum Soldat B: Wir lassen uns als Lebenspartner eintragen. Dann stellen sie einen Antrag auf Entlassung und klagen diese notfalls gerichtlich ein.

Militärisch ist die Wehrpflicht völlig obsolet geworden. Bei der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch" werden Wehrpflichtige nicht eingesetzt, und da es in Planung und Struktur der Bundeswehr keine klassische Heimatverteidigung mehr gibt, können sie auch dafür nicht benötigt werden.

Warum also halten CDU/CSU so eisern am Kriegsdienstzwang fest? Die Antwort ist einfach: Wäre er erst einmal abgeschafft, dann wäre es nicht so einfach, ihn für den unwahrscheinlichen Eventualfall wieder einzuführen.

Wehrpflicht heißt ja auch: Es gibt eine riesige Bürokratie, nämlich die zivile Wehrverwaltung mit den Kreiswehrersatzämtern und anderen Behörden. Abgesehen davon, dass man für die dort Beschäftigten neue Jobs schaffen müsste, ist diese Verwaltung die notwendige Grundlage für ein Rekrutierungssystem. Einmal weg, wahrscheinlich für immer weg.

Und, vermutlich bedeutsamer: Die Wehrpflicht ist der Transmissionsriemen zwischen Militär und Gesellschaft – so ja auch nachzulesen im CDU/CSU-Wahlprogramm. Aktuell werden jedes Jahr an die 400.000 Haushalte mit der Bundeswehr konfrontiert, weil Söhne, Brüder, Enkel, Freunde zur Musterung geladen werden. Die Politik beklagt jetzt schon, dass sich die Gesellschaft nicht für das Militär interessiere und sich nicht "um unsere Jungs in Afghanistan" kümmere. Dieses Desinteresse wäre ohne das Wehrpflichtsystem vermutlich noch sehr viel größer.

Diese innere Militarisierung ist es also, auf die CDU/CSU als die Regierung dominierende Kraft nicht verzichten wollen.

Damit beantwortet sich die Frage danach, ob die geplante Dienstverkürzung ein fauler Kompromiss oder ein Glücksfall ist, so:

Für CDU/CSU ist sie eine gute Lösung. Sie hält an der Wehrpflicht im Grundsatz fest und behält sie als Instrument der inneren Militarisierung.

Die Bundeswehr kann gut damit leben. Der Frust, der bei vielen Rekruten durch den Gammeldienst in den letzten drei Monaten der neunmonatigen Dienstzeit entstanden ist und der das Bild des Militärs bei den Betroffenen und ihrem sozialen Umfeld geprägt hat, fällt weg. Und, um es mit den Worten des Politologen Ralf Siemens von der Berliner Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung ketzerisch zu formulieren: Wahrscheinlich werden die Offiziere am meisten über die Dienstzeitverkürzung jammern, weil: Die zukünftig für Ordonanzdienste abgestellten Rekruten wechseln nun häufiger. Das ist so unangenehm wie im Zivildienst, wo sich nun die Behinderten und zu Pflegenden öfter auf neue Assistenten einstellen müs-

Die FDP hat objektiv verloren. Sie wird aber weiterhin ihre Niederlage schönreden als "Einstieg in den Ausstieg".

Seltsamerweise war in der öffentlichen (bzw. veröffentlichten) Diskussion von den hier dargestellten Argumenten nichts zu hören. Dominiert war diese von der Frage, welche Folgen eine Dienstzeitverkürzung vermittelt durch den Zivildienst für den Sozialbereich hat. Daraus ergeben sich zwei Fragestellungen:

Wo sind die gesellschaftlichen Kräfte, die eine klare antimilitaristische und menschenrechtlich orientierte Argumentation gegen die Wehrpflicht als Indienstnahme freier Menschen zum verbrecherischen Zweck des Kriegführens vernehmbar formulieren können? Die Antwort lautet leider: Es gibt sie im Moment nicht. Hier liegt eine Aufgabe für die DFG-VK, wieder Diskussionsprozesse zu initiieren und antimilitaristische Bewusstseins- und Bildungsarbeit zu leisten. Das ist mühsam, denkt man nur an die Zivildienstleistenden, von denen mittlerweile viele schon der Ansicht sind, sie leisteten ihren Dienst ja quasi freiwillig - "Ich hätte mich ja ausmustern lassen können!" - oder die am meisten über die Dienstzeitverkürzung jammern, weil ... "die armen Behinderten", "die armen zu Pflegenden"!

Damit ist man bei der zweiten Fragestellung: Welche Rolle spielt der Zivildienst rechtlich, tatsächlich und in der Wahrnehmung.

Die aufgeregte Debatte über die sozialen Folgewirkungen der (Zivil-) Dienstzeitverkürzung verkennt völlig: Der Zivildienst ist ganz kategorisch und ausschließlich Ersatz für den verweigerten Bundeswehrdienst. Darin liegt sein Grund, in nichts anderem. Die Verfasungslage ist eindeutig: Artikel 12a Absatz 1 GG eröffnet dem Staat die Möglichkeit, "Männer vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften" zu verpflichten.

Dass es für diese Kann-Option eine eigenständige Begründung geben muss, eine solche Pflicht also – die rechtlich eine Ausnahme von der in Artikel 12 GG garantierten Berufsfreiheit und dem Verbot von Zwangsarbeit ist – nicht willkürlich eingeführt oder beibehalten werden kann, sei hier nur am Rande bemerkt.

Der vormalige Verfassungsgerichtspräsident Roman Herzog hat in seiner Amtszeit als Bundespräsident bereits 1995 bei einer Kommandeurtagung der Bundeswehr korrekt darauf hingewiesen, dass die Wehrpflicht ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit ist, "dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. (...) Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können." Dass es an der "sicherheitspolitischen Erfordernis" mangelt, ist weiter oben dargestellt.

Wenn der Staat also die Wehrpflicht-Option sicherheitspolitisch begründet ergreifen muss, dann hat er nach Artikel 12a Abs. 2 GG die Möglichkeit, Kriegsdienstverweigerer zu einem Ersatzdienst zu verpflichten. Ob er das tun muss, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden, wobei man im Blick auf die Freiheitsrechte Zweifel daran haben kann oder sogar muss. An irgendwelchen positiven Zuschreibungen dieses Ersatzdienstes oder einer eigenen Zielbestimmung fehlt es im Grundgesetzjedenfalls. Der Ersatz-/Zivildienst ist Ersatz - und sonst gar nichts. Letztlich hat er damit den Charakter einer Bestrafungsmaßnahme für diejenigen, die nach Artikel 4 Abs. 3 GG nicht gegen ihr Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden dürfen.

Die Realität hat sich weit von dieser Verfassungslage entfernt. In der Erklärung der Zentralstelle KDV (siehe Kasten) ist es so formuliert, "dass der Zivildienst ein Opfer seines eigenen Images geworden ist." Ein Wunder ist das nicht.

Als die Wohlfahrtsverbände erst einmal begriffen haben, dass ihnen der Staat mit den Zivildienstleistenden hoch subventionierte und für sie billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, haben sie begierig zugegriffen. Und werden das so lange tun, wie es diese Möglichkeit gibt bzw. sie sich betriebswirtschaftlich noch rechnet. Darüber, welche verheerenden Folgen der massenhafte Einsatz von Zwangsverpflichteten für die Arbeitsbedingungen und das Berufsbild professioneller Kräfte im Sozialbereich hat, können kein frommes Gesäusel von den Kirchen oder sozialpädagogische und entwicklungspsychologische Argumente von nichtkonfessionellen Wohlfahrtsverbänden hinwegtäuschen. Dass die Gewerkschaften dieses Thema praktisch nicht beachten, ist ein gravierendes Versäumnis.

Aber auch die DFG-VK und andere Friedensorganisationen sind da nicht frei von Verantwortung. Der Irrglaube, eine hohe Zahl staatlich anerkannter Kriegsdienstverweigerer sei ein Kriegsverhinderungsinstrument (als ob nicht ausschließlich der Staat bestimme, wen - und wie viele - er als Kriegsdienstverweigerer anerkennt), führte dazu, dass zwar die Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4 Abs. 3 GG propagiert wurde, die grundsätzliche Kritik am Zivildienst aber sehr viel leiser formuliert wurde, manchmal hingegen sogar das Phantasiegebilde "Zivildienst als Friedensdienst" beschworen wurde.

Wie absurd die Situation im Zivildienst mittlerweile geworden ist, zeigt sich daran, dass nicht mehr nur die Wohlfahrtsverbände von den Zivildienstleistenden profitieren, sondern in großem Umfang privatwirtschaftliche Unternehmen, die mit Gewinnerzielungsabsicht arbeiten. Ungefähr jeder dritte "Zivi" arbeitet heutzutage in solchen Einrichtungen. Zahlreiche früher z.B. kommunale Krankenhäuser sind im Zuge der fortschreitenden Privatisierung des Gesundheitswesen mittlerweile im Besitz von Aktiengesellschaften. Solche sind in allererster Linie ihren Aktionären verpflichtet, sie müssen Gewinne machen, Renditen erzielen.

Im Zivildienstgesetz ist zwar festgelegt, dass "im Zivildienst anerkannte Kriegsdienstverweigerer Aufgaben erfüllen, die dem Allgemeinwohl dienen, vorrangig im sozialen Bereich." (§ 1) Während früher nur solche Einrichtungen als Beschäftigungsstelle des Zivildienstes staatlicherseits anerkannt werden konnten, "die dem Gemeinwohl dienen", können seit dem Jahr 2006 solche Einrichtungen Zivildienstleistende beschäftigen, "die dem Allgemeinwohl dienende Aufgaben erfüllen". Das macht je-Energieversorgungsunternehmen wie z.B. Vattenfall, jedes Nahverkehrsunternehmen wie die Hamburger Hochbahn, jede Arztpraxis oder Apotheke.

Zivildienst ist damit die moderne Form von Sklavenarbeit geworden.

Bleibt die Frage nach der Wahrnehmung des Zivildienstes. Noch gilt er in weiten Kreisen als positiv - zu Unrecht, wie wir gesehen haben und als Antimilitaristen auch wissen müssten.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage, stellvertretender Vorsitzender der Zentralstelle KDV und kein staatlich anerkannter Kriegsdienstverweigerer. Er verweigerte in den 1980er Jahren alle sich aus der Wehrpflicht ergebenden Folgen und wurde wegen dieser Totalverweigerung zu einer fünfzehnmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.



Der Autor 1985

Die Zentralstelle KDV hat sich auf ihrer Mitgliederversamplung am 1/ 11 2000 in Parkin mit der versammlung am 14.11.2009 in Berlin mit den die

Wehrpflicht und den Zivildienst betreffenden Teilen der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP befasst und erklärt hierzu:

#### Wehrpflicht abschaffen

Mit der beabsichtigten Dienstzeitverkürzung bei Wehr- und Zivildienst wird deutlich, dass die behauptete Notwendigkeit der Wehrpflicht endgültig widerlegt ist.

"Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf" (Artikel 87a Abs. 1 S. 1 Grundgesetz). Von dieser Norm haben sich Realität und Struktur der Bundeswehr schon lange weit entfernt. Die Bundeswehr ist zu einer "Armee im Einsatz" außerhalb Deutschlands geworden, in Europa ist Deutschland "von Freunden umzingelt".

Viele Kommentatoren haben den sechsmonatigen Wehrdienst als Militärpraktikum, als reine Beschäftigungstherapie bezeichnet. Wehrpflichtige dienen nur noch, um das Rekrutierungssystem "Wehrpflicht" um seiner selbst willen zu erhalten. Die Wehrpflichtigen übernehmen keine Funktionsstellen in der Bundeswehr mehr, sie werden nicht mehr gebraucht. Das ist verfassungsrechtlich nicht zulässig.

Für die Bundeswehr scheinen sechs Monate Wehrdienst ein "Glücksfall" zu sein: Zum einen bleibt die Wehrpflicht in ihrer Grundstruktur erhalten, wobei die Wehrpflichtigen aber in reine Ausbildungseinheiten ausgegliedert werden und dadurch den Betrieb der "Armee im Einsatz" nicht weiter belasten. Zum anderen bleibt sie das zentrale Instrument zur Gewöhnung der Gesellschaft an das Militär. Dies scheint den Verantwortlichen einige Milliarden Euro wert zu sein.

Wir erneuern und bekräftigen unsere Forderung, dass die Wehrpflicht sofort abgeschafft werden sollte.

#### Zivildienst realistisch sehen

Die anlässlich der beabsichtigten Dienstzeitverkürzung geführte heftige öffentliche Diskussion zeigt, dass der Zivildienst ein Opfer seines eigenen Images geworden ist. Zahlenmäßig sehr kleine Arbeitsbereiche des Zivildienstes werden zur "Stütze des Sozialsystems" erklärt. Völlig aus den Augen verloren wird dabei, was der Zivildienst von Verfassung wegen ist: Ersatz für den Wehrdienst im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht. Und laut Gesetz dürfen die Dienststellen Zivildienstleistende nur mit zusätzlichen Aufgaben betrauen und haben strikte Arbeitsmarktneutralität zu wahren.

Diese Ersatz-Funktion muss auch dem einzelnen, sozial engagierten Zivildienstleistenden bewusst sein, der aus seiner Sicht die Verkürzung des Zivildienstes möglicherweise für kontraproduktiv hält. Das Jugendministerium verkennt diese Ersatzfunktion, wenn es vorschlägt, einen freiwillig verlängerten Zivildienst einzuführen, um dadurch angebliche Lücken im Sozialsystem auszufüllen. Alle sozialen Einrichtungen haben die Möglichkeit und die Pflicht, alle regulären Aufgaben durch ordentliche Arbeitsverhältnisse zu erfüllen und ergänzende Aufgaben durch Freiwilligendienste zu organisieren.

Wehr- und Zivildienst fügen sich unabhängig von ihrer Dauer fast immer schlecht in die Lebensplanung der Dienstpflichtigen ein. Wir begrüßen, dass unnötige Lücken zukünftig durch die Möglichkeit einer abschnittsweisen Dienstleistung vermieden werden sollen. Weitere Möglichkeiten, diese erzwungenen Lücken zu schließen, sind außerhalb des Zivildienstes durch reguläre Beschäftigung und Anpassungen von Schul- und Semesterzeiten zu entwickeln.

Wir fordern die strikte Beachtung der Ersatzfunktion des Zivildienstes und lehnen alle Versuche, den Zivildienst freiwillig zu verlängern, entschieden ab.

#### Allgemeinwohlorientierung strikt einhalten

Nach § 1 Zivildienstgesetz sind im Zivildienst Aufgaben zu erfüllen, die "dem Allgemeinwohl dienen, vorrangig im sozialen Bereich." Mittlerweile leistet jeder dritte Zivildienstleistende, der im sozialen Bereich tätig ist, seinen Dienst in privaten oder privatisierten Einrichtungen. Diese nutzen die für sie sehr billige - weil vom Bund hoch subventionierte - Arbeitskraft, um die Gewinne der Betriebsinhaber oder die Ausschüttung an Aktionäre zu erhöhen.

Einen Einsatz von Zivis in solchen Bereichen lehnen wir strikt ab. Zivildienst muss - solange es ihn noch gibt - dem Allgemeinwohl und nicht dem Gewinninteresse Einzelner dienen.

# Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden 2009

### Zusammengestellt von den War Resisters' International (WRI)

#### Hinweise zum Verschicken von Karten oder Briefen

- Karten sollten immer im Umschlag verschickt werden.
- Gib' deinen eigenen Namen und deine Anschrift mit an.
- Sei mitteilsam und kreativ; schicke Fotos aus deinem Leben.
- Schreib' den Gefangenen, wie du dich gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen engagierst.
- Schreibe nichts, was dem/der Gefangenen Ärger einbringen könnte.
- Überlege, was du gerne erhalten würdest, wenn du im Gefängnis wärst.
- Erwarte icht, dass der/die Gefangene antwortet.
- Falls deine Karte zurückgeschickt wird, schicke sie an die entsprechende Botschaft in deinem Land mit der Bitte, sie an den Gefangenen weiterzuleiten.
- Denke daran: Im nächsten Jahr könntest du eine/r von ihnen sein...

#### Armenien

Yerem Hovhannisyan, 10. Jan. 2007 - 9. Jan. 2010; Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Sayad Tovmasyan, 10. Jan. 2007 - 9. Jan. 2010; Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Armen Zurabyan, 27. Feb. 2007 - 26. Feb. 2010, Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Nshan Gevorgyan, 17. Juli 2007 - 16. Juli 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KD-Ver ■ Armen Khachatryan, 17. Juli 2007 - 16. Jan. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ David Aroyan, 3. Aug. 2007 - 2. Feb. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Andranik **Aghekyan**; 8. Aug. 2007 – 7. Feb. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer **■ Hayk Madatyan**, 11. Aug. 2007 – 10. Aug. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Zora Melkonyan, 13. Aug. 2007 - 12. Feb. 2010; Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Gor Kirakosyan, 21. Sep. 2007 - 20. März 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Mkrtich Smbatyan, 26. Sep. 2007 - 25. März 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Stepan Hovakimyan, 26. Sep. 2007 - 25. März 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Babken Shahinyah, 5. Dez. 2007 – 4. Juni 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Roman Hovhannisyan, 17. Dez. 2007 - 16. Juni 2010; Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer **Garik Gevorgyan**, 25. Dez. 2007 - 24. Juni 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Samson Indzigulyan, 25. Dez. 2007 - 24. Juni 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Harutyun Vardazaryan, 9. Jan. 2008 -8. Juli 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Hrayr Mkrtchyan, 14. Jan. 2008 - 13. Juli 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Hovhannes Arakelyan, 18. Jan. 2008 - 17. Jan. 2010;

Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Hovhannes Gogdjyan, 30. Jan. 2008 - 29. Jan. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Araz Arshakyan, 5. Feb. 2008 - 4. Aug. 2010: Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Armen Mardovan, 5. Feb. 2008 - 4. Aug. 2010: Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Hamayak Eminyan, 6. Feb. 2008 - 5. Mai 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Davit Petrosyan, 7. Feb. 2008 - 6. Aug. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Martun Hovsepyan; 7. Feb. 2008 - 6. Aug. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Zirayr Karyan, 6. März 2008 – 5. Sep. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Arman Kareyan, 7. März 2008 - 6. Sep. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Ashot Simonyan, 12. März 2008 – 11. März 2011; Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Hovik Stepanyan, 31. März 2008 - 30. März 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Karo Aleksanyan, 4. Apr. 2008 - 3. Apr. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Vahe Ananyan, 8. Apr. 2008 - 7. Apr. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Karen Voskanyan, 11. Apr. 2008 - 10.

Okt. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Vahram Baghramyan, 3. Juni 2008 2. Dez. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Alik Balayan, 14. Juli 2008 – 13. Juli 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Mkhitar **Sargsyan**, 17. Juli 2008 - 16. Juli 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KD-Ver **II** Tigran Melikyan, 31. Juli 2008 -30. Juli 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien: Zeuge Iehovas, KDVer ■ Shahen Asatryan, 31. Juli 2008 - 30. Juli 2011; Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer **Gevorg** Danughyan, 8.

Aug. 2008 – 7. Aug. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Gor Petrosyan, 15. Aug. 2008 - 14. Aug. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KD-Ver **■ Mher Barse- ghyan**, 25. Aug. 2008 – 24. Feb. 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas.

KDVer ■ Vardan Kasemyan, 2. Sep. 2008 - 1. Sep. 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Garegin Gogjyan, 13. Sep. 2008 - 12. Nov. 2010; Erebuni Penal Instituti-

ons, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Armen Martirosyan, 2. Okt. 2008 - 1. Okt. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Gagik Shakaryan, 6. Okt. 2008 – 5. Okt. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Grisha Ohanjanyan, 13. Okt. 2008 - 12. Okt. 2010; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer David Parsadanyan, 22. Jan. 2009 - ??; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Samvel Shkoyan, 22. Jan. 2009 - ??; Artik Penal Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ David Mnatsakanyan, 2. Feb. 2009 -1. Juli 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer **Vigen Sargsyan**, 15. Feb. 2009 - 14. Feb. 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Levon Bashberukyan, 18. März 2009 – 17. Mai 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Nver Nazaryan, 24. März 2009 -23. März 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Tatul Arsenyan, 20. Apr. 2009 - 19. Apr. 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Vladimir Sargsyan, 21. Apr. 2009 - 20. Okt. 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer **■ Gevorg Karapetyan**, 11. Mai 2009 - 10. Mai 2011; Erebuni Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Hovsep Mutafyan, 12. Mai 2009 - 11. Mai 2011; Erebuni



Penal Institutions, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Mher Hayrapetyan, 18. Mai 2009 - 17. Mai 2011; Vanadzor Institution, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Harutyun Gagyan, 28. Mai 2009 - 27. Nov. 2011; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Hayk Avagyan, 18. Juli 2009 - 17. Juli 2011; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Gor Aslanyan, 27. Juli 2009 – 26. Jan. 2012; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Aram Apresyan, 12.

Aug. 2009 - 11. Aug. 2011; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Kamo Sahakyan, 12. Aug. 2009 - 11. Aug. 2011; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Lyudvik Arshakyan, 28. Aug. 2009 -27. Aug. 2011; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer Markadi Mardoyan, 28. Aug. 2009 - 27. Feb. 2012; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Vanik Soghomonyan, 31. Aug. 2009 -29. Feb. 2012; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Grigor Safaryan; 4. Sep. 2009 – 3. März 2012: Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Raphael Manukyan, 17. Sep. 2009 - 16. März 2012; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer **■ Karapet Aghadjanyan**, 22. Sep. 2009 - 21. März 2012; Nubarashen Prison Yerevan, Armenien; Zeuge Jehovas, KDVer

#### Fritres

Paulos Eyassu, 24. Sep. 1994 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Negede Teklemariam; 24. Sep. 1994 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Isaac Mogos, 24. Sep. 1994 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Aron Abraha; 9. May. 2001 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer Mussie Fessehaye; 1. Juni 2003 -??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KD-Ver ■ Ambakom Tsegezab, 1. Feb. 2004 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer Bemnet Fessehaye, 1. Feb. 2005 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Henok Ghebru; 1. Feb. 2005 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer Kibreab Fessejaye, 27. Dez. 2005 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Bereket Abraha Oqbagabir; 1. Jan. 2006 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer Amanuel Abraham, 1. Jan. 2007 - ??; Sawa Camp, Sawa, Eritrea; Zeuge Jehovas, KDVer

#### **Finnland**

Juuso Aitio, 1. Sep. 2009 – 1. März 2010; Käyrän vankila, Pappilantie 36, 21370 Aura kk; Totaler KDVer ■ Lauri Kuukka, 7. Sep. 2009 – 1. März 2010; Kommunson vankila, Haminan osasto, Karjakuta 25, 49400 Hamina; Totaler KDVer ■ Ossi Louhivaara, 30. Sep. 2009 – 28. März 2010; Keravan vankila, PL 133, 04201 Kerava; Totaler KDVer ■ Otto Savonen, 19. Okt. 2009 – 18. Apr. 2010; Kuopion vankila, Avovankilaosasto, PL 7, 70101 Kuopio; Totaler KDVer

#### Großbritannien

Elijah Smith, 17. Jan. 2009 – ??: HMP Bristol, 19 Cambridge Rd, Horfield, Bristol, BS7 8PS; Decommissioning at EDO MBM in Brighton on 17 January. EDO MBM make vital components for the Paveway precision guided bomb's, Hellfire missiles, and bomb release clips for F15 and F16 fighter aircraft and they have extensive contracts with the Israeli Military. ■ Joe Glenton; 10. Nov. 2009 – ??; Military Corrective Training Centre, Berechurch Hall Camp, Colchester, Essex CO2 9NU; Inhaftiert wegen "Missachtung eines rechtmäßigen Befehls", weil er am 24. Oktober bei einer Antikriegsdemonstration als Redner aufgetreten ist.

#### Indien

Irom Sharmila Chanu, 6. Nov. 2000 – ??; Am 2. November 2000 entschied sie nach dem Massaker der indischen Armee an 10 Zivilisten in Malom, Manipur, einen Hungerstreik zu beginnen, am 6. November wurde sie inhaftiert. Sie wird zwangsernährt und seit fast 10 Jahren als "Hochsicherheitsgefangene" in Einzelhaft gehalten. Sie wird routinemäßig einmal im Jahr entlassen, nur um dann erneut inhaftiert zu werden.

#### (Süd)Korea

Hongryul An, 23. Juni 2008 - 23. Dez. 2009; Cheongsong Prison, Box 1, P. O. Jinboucheguk Jinbo-myeon Cheongsong-gun Gyeongbuk, Korea; KDVer ■ Giljun Lee, 7. Aug. 2008 – 7. Feb. 2010; Yeoju Prison, Box 30, P. O. Yeojuucheguk Yeoju-eup, Yeoju-gun Gyeonggi-do, 469-885, Korea; KDVer ■ Sukmin Kim, 17. Nov. 2008 - 17. Mai 2010; Seoul Jail, Box 20, P.O. Gunpoucheguk Gyeonggi-do, 437-702, Korea; KDVer ■ Youngik Kim, 27. Feb. 2009 - 27. Aug. 2010; Hwaseong Job Training Prison, Box 3 P.O., Namyangucheguk, Gyeonggi-do 445-861, Korea; KDVer ■ Soonwook Kwon, 22. Apr. 2009 - 22. Oct. 2010, Incheon Jail, Box 343, P.O. Namincheonucheguk, Incheon 402-704, Korea; KDVer ■ Jungmin Oh, 2. Juni 2009 - 1. Dez. 2010; Seoul Jail, Box 20, P.O. Gunpoucheguk Gyeonggi-do, 437-702, Korea; KD-Ver **Eunkook Park**, 3. Jul. 2009 - 2. Jan. 2011; Hwaseong Job Training Prison, Box 3, P.O. Namyangucheguk, Gyeonggi-do 445-861, Korea; KD-Ver **■ Dongki Ha**, 21. Okt. 2009 – 21. März 2011; Seoul Jail, Box 20, P.O. Gunpoucheguk Gyeonggido, 437-702, Korea; KDVer

#### Russland

Igor Sutyagin, 27. Okt. 1999 – 26. Okt. 2014; Arkhangelsk Punishment Colony, 163050, Arkhangelsk, Ul. Pirosovaya, d. 27, FGU IK-1, 5 otryad, Russische Föderation; Seit dem 27.10.1999 inhaftiert, jetzt wegen Spionage verurteilt wegen der Recherche zu öffentlich zugänglichen Informationen zu Nuklearwaffen. Verurteilt am 7. April 2004.

#### Sudar

Abdelmageed Salih Abbaker, 28. Aug. 2009 – ??; aus nicht bekannten Gründen am 28. August 2009 inhaftiert und an einen nicht bekannten Ort gebracht.

#### Turkmenistan

Mukhammedmurad Annamamedov, 21. Mai 2009 – 20. Mai 2011; Seydi Labour Camp, Turkmenistan, 746222 Lebap vilayet, Seydi uchr. LB-K/12; KDVer ■ Sakhetmurad Annamamedov, 21. Mai 2009 – 20. Mai 2011; Seydi Labour Camp, Turkmenistan, 746222 Lebap vilayet, Seydi uchr. LB-K/12; KDVer ■ Shadurdi Ushotov, 13. Juli 2009 – 12. Juli 2011; Seydi Labour Camp, Turkmenistan, 746222 Lebap vilayet, Seydi uchr. LB-K/12; Zeuge Jehovas, KDVer ■ Akmurat Egendurdiev, 29. Juli 2009 – 28. Jan. 2011; Seydi Labour Camp, Turkmenistan, 746222 Lebap vilayet, Seydi uchr. LB-K/12; Zeuge Jehovas, KDVer

#### USA

**Rafil Dhafir** (11921-052), 26. Apr. 2000 – 26. Apr. 2022; FCI Terre Haute, POB 33, Terre Haute, IN 47808, USA; Wegen Verletzung der US-Sanktionen gegen den Irak verurteilt, weil er humanitäre und finanzielle Hilfen für Iraker bereitgestellt hatte. **Helen Woodson** (03231-045), 9. Jan. 2003 9. Sep. 2011; FMC Carswell, Max Unit, POB 27137, Ft. Worth, Texas 76127, USA; Verletzung von Bewährungsauflagen durch einen Antikriegsprotest im Gerichtsgebäude in Kansas City, Missouri. Am 11. März 2004. ■ Cliff Cornell, 4. Feb. 2009 - 3. Feb. 2010; Camp Lejeune NC 28542, Building 1041, PSC 20140, United States of America; "Eigenmächtige Entfernung von der Truppe" ■ Carl Kabat, 6. Aug. 2009 - ??; Weld County Jail, 2110 O Street, Greeley CO 80631, USA; Erwartet ein Strafverfahren wegen Eindringens in ein Atomwaffenlager mit der Absicht, die Waffen abzurüsten. ■ Travis Bishop, 14. Aug. 2009 - 13. Aug. 2010; Northwestern Regional Correctional Facility, Box 339536, Fort Lewis, WA 98433, USA; "Eigenmächtige Entfernung von der Truppe'



Tobias Pflüger Mitglied im Rat der War Resisters' International (WRI)

# Die Europäische Union wird gefährlich

Am 1. Dezember ist der Lissabon-Vertrag in Kraft getreten, da ihn nun alle 27 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert haben. Das Ja in Irland wurde erpresst: Das Referendum war nicht wirklich frei und fair. Die Abstimmung fand unter einem enormen Druck und einer geldaufwendigen Angstkampagne der Befürworter statt. Selbst die EU-Kommission hat Gelder direkt in die Ja-Kampagne gesteckt. Die zunehmend schlechtere wirtschaftliche Situation in Irland wurde gnadenlos ausgenutzt. Kurz nach dem irischen Ja gab es noch Scharmützel mit dem tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus, er hat sich die Ungültigkeit der Grundrechtscharta für Tschechien ausbedungen, bis auch er seine Unterschrift unter den Vertrag gesetzt hat.

Nun gilt der Lissabon-Vertrag. Welche Auswirkungen er haben wird, werden viele erst viel später realisieren, da nun die Regelungen des Vertrages in einzelstaatliches Recht umgewandelt werden müssen.

Die einzelnen Veränderungen der EU seien hier nur aufgezählt: Vertraglich mögliche Kampfeinsätze der EU (Art. 43), enge EU/Nato-Zusammenarbeit (42 und Protokoll 10), eine militärische Solidaritätsklausel (222), die die EU zu einem Militärbündnis macht und Einsätze des Militärs im Innern ermöglicht, eine Nutzung des EU-Haushaltes für Militärisches (42), militärisches Kerneuropa durch die "ständige strukturelle Zusammenarbeit" (Protokoll 10) sowie eine erhebliche Stimmverschiebung zugunsten der großen EU-Staaten, einhergehend mit der Möglichkeit zunehmender Mehrheitsentscheidungen. Dazu kommt der neue diplomatische Dienst der EU, der eigentlich ein Außen- und Militärdienst der EU sein wird.

Die Europäische Union mit dem Lissabon-Vertrag wird eine andere sein als zuvor. Die Bundesregierung spricht von einer "Neuausrichtung und Neugründung der EU." Das Auswärtige Amt meint, mit den "Neuerungen im Bereich der Außenpolitik" ließen sich "europäische Interessen auf internationaler Ebene sichtbarer und mit größerem Nachdruck einbringen."

Wir sollten als Antikriegs- und Friedensbewegung unser Verhältnis zur EU als Institution überdenken. Diese EU ist nicht mehr veränderbar. Nicht nur die Politik dieser EU ist falsch, sondern auch diese EU in ihrer institutionellen Konstruktion. Leider gibt es neben dieser emanzipatorischen, progressiven, linken Kritik an der EU eine nationalistische von denen, die entweder offen oder verdeckt einfach nur die Rolle der Nationalstaaten stärken wollen. Diese Kritik ist rückwärtsgewandt und nicht unsere. Wir als InternationalistInnen sind immer europäisch orientiert, doch diese EU nach dem Lissabon-Vertrag ist eine Pervertierung des europäischen Gedankens.

# Der Geist des Vertrages ist nicht Frieden

## Zum Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung/Von Reiner Braun

ie deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik oder Frieden ist die Maxime deutscher Außenpolitik", so die Leitgedanken der Koalitionsvereinbarungen unter Willy Brandt, ja auch unter Gerhard Schröder. Selbst wenn die Taten den deklamierten Worten widersprachen, zeigte die Betonung der Friedenssicherung doch die Akzeptanz des Grundgedankens der Geschichte der Bundesrepublik, dass "Frieden zwar nicht alles, aber alles nichts ohne Frieden ist" (Willy Brandt).

Anders der neue Koalitionsvertrag. Das Wort Frieden wird marginalisiert, taucht nur noch in beschreibender Form, nicht als Zielperspektive oder zu erhaltender Wert auf.

Ein zweite grundsätzliche Zielperspektive, der sich die Bundesregierungen – verbal – verbunden fühlten, wird kaum noch erwähnt, geschweige denn als positiver Wert ausgeführt: Das Wort Völkerrecht taucht nur zweimal im Koalitionsvertrag auf. Dafür kommen die deutschen Soldaten und die Bundeswehr elfmal vor. Das mag rein quantitativ nicht viel sein, es wird aber verfänglich, wenn diese Erwähnung immer im Zusammenhang mit deutschen Interessen auftritt.

Selbstdefinierte "deutsche Interessen" und "westliche Werte" sind das Mantra des Koalitionsvertrages. Erinnerungen tauchen auf, die einen eher Schaudern lassen.

Die Überschrift des entsprechenden Kapitals des Koalitionsvertrages lautet "Wertegebundene und interessengeleitete Außenpolitik". Der Text beginnt mit folgender Einführung: "Die enge Abstimmung und das gemeinsame Handeln der westlichen Wertegemeinschaft, d.h. der aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien dieser Welt, waren und bleiben das Erfolgsrezept deutscher Außenpolitik. Auch in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts betrachten wir die Ideen des Westens als Grundlage und seine Institutionen als Plattform deutscher Außenpolitik."

In der Regierungserklärung am 10. November erklärte die Bundeskanzlerin den Zugriff auf die weltweiten Ressourcen zu einem der Werte, die im Mittelpunkt deutscher Außenpolitik stehen. Werte, für die diese Regierung eintritt, sind also freier Zugang zu den Märkten anderer Staaten (besonders des Südens und des Ostens), freie ungehinderte Handelswege, Zugriff zu den weltweiten Ressourcen, besonders zu Öl und Mineralien. Die Dominanz des Nordens über den Rest der Welt soll unter der Legitimation der angeblichen westliche Werte verfestigt werden.

Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden existieren nicht – sie würden ja der ungehinderten ökonomischen und politischen Dominanz zutiefst widersprechen.

Imperiale Werte: Die Wertedemagogie erreicht ihren Höhepunkt im Koalitionsvertrag, indem internationale Organisationen, in denen Deutschland Mitglied ist, zu westlichen Wertegemeinschaften umgedeutet werden.

Was die Mehrheit der Länder in den Vereinigten Nationen, in der eine Vielzahl von Wertegemeinschaften vertreten ist, dazu sagt, bleibt das Geheimnis der Regierung. Auf jeden Fall würde die Durchsetzung dieser Position der Bundesregierung, die Zerstörung der internationalen Organisationen bedeuten. Eine Uno als westliche Wertegemeinschaft ist – Gott oder Marx sei Dank – nicht möglich. Eine konstruktive, Konflikte friedlich lösende Politik in dieser Weltorganisation sieht allerdings vollständig anders aus.

Konsequenterweise werden die globalen Probleme der Menschheit und ihre Lösungen durch internationale Kooperation und Zusammenarbeit nicht angesprochen: Der Hunger von über einer Milliarde Menschen, die größer werdenden Flüchtlingsbewegungen, Ausrottung der Weltkrankheiten, die gerechte Verteilung der weltweiten Ressourcen, sie erscheinen nicht im Koalitionsvertrag. Der "Krieg gegen den Terror", dieses Relikt der gescheiterten Bush-Politik jedoch findet seine (positive) Erwähnung im Koalitionsvertrag. Selbst Barack Obama hat davon Abstand genommen.

Die Außenpolitik ist eine Fortsetzung der neoliberalen Innenpolitik. Die Ideologie des Neoliberalismus prägt die Außenpolitik wie ein Dogma, und Krieg nach innen und nach außen gehört – wenn notwendig – dazu. Krieg ist letztendlich unausweichlich.

Die heiße Luft der Abrüstung: Völkerrecht, Frieden durch Recht oder weltweite Abrüstung spielen außer einer kosmetischen Garnierung (man kann sich ja nicht vollständig von Obama abkoppeln) kaum eine Rolle.

Trotzdem sei an dieser Stelle positiv hervorgehoben: Der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland wäre ein erster positiver Schritt. Er ist aber mit vielen "wenns und abers" - multilateral, mit Zustimmung der USA und der Nato - versehen, so dass er eher ein verbales Nachgeben gegenüber der Stimmung in der Bevölkerung ist als ein realer Politikansatz dieser Regierung. Die "schwarzen Atomwaffenpolitiker" wie Eckart von Klaeden, die Atomwaffen in Europa für sakrosant erklärt haben, werden schon darauf achten, dass dieser Satz schnell vergessen wird. Umso wichtiger bleibt für die Friedensbewegung, ihn immer wieder einzufordern und den Druck zu erhöhen.

Weltweite Abrüstung bedeutet Schritte zu mehr Gerechtigkeit und verlangt einseitige Maßnahmen, Verzicht auf eigene Aufrüstung und Beendigung des Rüstungsexportes – all das sucht man im Koalitionsvertrag vergeblich. Rüstungskontrollmaßnahmen und entsprechende Verträge sind sicher zu begrüßen, sie sind aber keine Wende zu einer Abrüstungspolitik. Abrüstung beginnt zu Haus und auch einseitig – Schritte dazu hat diese Regierung ohne massiven Druck der Straße nicht vor.

Die Instrumente des Krieges ausbauen: Die europäische und internationale Zusammenarbeit zur Verteidigung gemeinsamer neoliberaler Interessen und zur Ausbalancierung unterschiedlicher Interessen der ersten Welt wird fortgesetzt – wenn auch mit klar erkennbarerem verstärkten deutschen Führungsanspruch.

Die Instrumente für die (asymmetrischen) Kriege des 21. Jahrhunderts werden ausführlich benannt. Das zentrale ist die Nato. Im Koalitionsvertrag setzen sich die Regierungsparteien für die weitere Stärkung der Nato ein und halten an der Fortsetzung ihrer Beteiligung an den Militäreinsätzen fest. Dies gilt als Erstes für den Krieg in Afghanistan, die deutschen Truppen sollen bleiben. Nicht ein Ende des Krieges und damit

ein Ende des Tötens, des Sterbens von Zivilisten, der täglichen Zerstörung ist das Ziel deutscher Politik, sondern eine "neue Strategie" der Effektivierung des Krieges und der kolonialen Abwälzung der Kriegführung auf das besetzte Land.

Bei der anstehenden Strategiedebatte in der Nato macht sich die Regierung für die Stärkung der militärischen Instrumente stark, setzt auf ihre Interventionsfähigkeit und hält an den Atomwaffen als "Abschreckungsinstrument" fest. An eine Kopplung der Nato-Einsätze mindestens an ein UN-Mandat ist nicht gedacht, es bleibt bei der Selbstmandatierung. Die Nato wird auf eine Stufe mit der Uno gehoben. Das ist eindeutig völkerrechtswidrig. Der gesamte Vertragsabsatz zur Nato widerspricht dem Friedens- und "Verteidigungs"gebot des Grundgesetzes

Die internationale (friedliche) Krisenprävention soll fortgesetzt werden, wird aber im Koalitionsvertrag weitestgehend reduziert auf die Stärkung von Polizei und Justiz. Repressionsapparate in anderen Ländern sollen zur Unterdrückung berechtigter Proteste gestärkt werden. Für den zivilen Friedensdienst (ZFD) und ähnliche Instrumente internationaler friedlicher Konfliktlösungen lässt der Koalitionsvertrag nicht viel Gutes erwarten.

Eine herausgehobene Rolle im Vertrag spielt die "europäische Integration", besonders nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages. Wenn wir die Teile des Koalitionsvertrages ihrer Worthülsen entkleiden, bleibt übrig: Kooperation und Konkurrenz ist die Leitlinie deutscher EU-Politik. Dazu soll und muss Europa (unter militär-industriepolitischer Federführung von Deutschland und Frankreich) weiter militarisiert und zu einem festen eigenständigen Standbein in der Nato ausgebaut werden. Die transnationale Rüstungskooperation und -forschung soll dazu weiterentwickelt werden. Im Koalitionsvertrag ist hier sogar von der Schaffung "hochwertiger Arbeitsplätze" (... des Todes!) die Rede. Die Armeen der verschiedenen Staaten unterliegen dem "Modernisierungszwang" des im Koalitionsvertrag hoch gelobten Lissabon-Vertrages - auf Kosten der Sozialsysteme aller Mitgliedsländer.

Die politische Realisierung und praktische Umsetzung dieser Politik geht nicht ohne schlagkräftige Instrumente zur Durchsetzung dieser Konzepte. Dazu sollen die bestehenden Institutionen ausgebaut und vor allem besser vernetzt werden: "Schließlich werden wir die

Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) und die Führungsakademie der Bundeswehr (FüAKBw) verstärkt nutzen, um Führungskräfte von Bund und Ländern sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Medien weiterzubilden und die Prinzipien der Vernetzten Sicherheitspolitik kontinierlich weiterzuentwickeln."



Das Schlagwort "vernetzte Sicherheit" durchzieht große Teile des Koalitionsvertrages. Es bedeutet nicht nur die Unterordnung des Zivilen unter das Militärische, die Absicherung des Krieges durch zivile und infrastrukturelle Hilfsdienste, sondern – im Koalitionsvertrag deutlich formuliert – auch eine intensive Militarisierung nach Innen.

Zwei Beispiele – zum Erschrecken und Handeln.

Lateinamerika: "Die Partnerschaft zwischen Deutschland, Lateinamerika und der Karibik baut auf gemeinsamen Werten auf. Wir teilen ein kulturelles Erbe und Erfahrungen aus langjähriger Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlich-technologischem Gebiet."

Das ist eine Sprache von Kolonialherren, an die Werte der Inquisition und des Völkermordes auf dem ganzen Kontinent gibt es nur eine Erinnerung des Grauens. Bei der langjährigen Zusammenarbeit könnte ja auch die Unterstützung Pinochets, der Diktaturen in Argentinien und Brasilien durch die Konservativen gemeint sein und die Kumpanei der Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP mit der Militärdiktatur in Honduras.

Eindeutig ist: Diese Regierung wird versuchen, die Emanzipation eines ganzen Kontinents zugunsten der Unterwerfung unter die neoliberalen Interessen des "freien Marktes der 1. Welt" zurückzudrehen.

Israel-Palästina: Die verbale Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung wird durch die konkreten Aussagen konterkariert. Es beginnt schon damit, dass im Mittelpunkt der Nahostpolitik nicht als erstes ein Bekenntnis zum Friedensprozess steht, sondern die "besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischen Staat". 25 Prozent der Bevölkerung Israels werden schlicht ausgegrenzt, diese Formulierung ist völkerrechtswidrig und behindert jede Friedensfindung in der Region. Es gibt eine besondere historische Verantwortung Deutschlands gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Israels, aber keine Kumpanei mit der Kriegspolitik der jeweiligen Regierung des Landes. Eine eigenständige, vermittelnde Nahostpolitik sieht anders aus.

Fazit: Der Koalitionsvertrag, mindestens der hier untersuchte außen- und sicherheitspolitische Teil, ist einerseits eine Fortsetzung des von Rot-grün und Schwarz-rot begonnenen Weges der kriegerischen weltweiten Intervention - er formulier dieses aber eindeutiger und aggressiver. Die militaristischen Grundpositionen der Regierungsparteien, aber auch die tiefe kapitalistische Krise führt hier zu einer neuen Klarheit der Formulierung: Es geht um ökonomische Herrschaftsinteressen, die weltweit auch militärisch abgesichert werden müssen. Erst recht, wenn der Anspruch der Regierung ist, Deutschland im Zusammenhang mit der EU als Großmacht mit eindeutigen geostrategischen Interessen in Osteuropa/Russland, Nahem und Mittlerem Osten, Afrika und China/Indien zu positionieren.

Ob die Friedens- und andere soziale Bewegungen diese Herausforderungen für Frieden, Abrüstung und zivile Konfliktlösungen gewaltfrei annehmen und die Kraft zur Gestaltung von Alternativen aufbringen, ist die offene Frage – nicht nur für unser Land.

Reiner Braun ist Geschäftsführer der Ialana (Juristen gegen die Atomwaffen – für zivile Konfliktlösungen) und der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler) sowie einer der Sprecher der "Kooperation für den Frieden."

# "Friedenskultur. 2010 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei"

Rückenwind für die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags im Mai 2010 in New York aus der europäischen Kulturhauptstadt 2010 Essen/Von Joachim Schramm

icht zuletzt wegen des von ihm verkündeten Ziels einer atomwaffenfreien Welt erhielt US-Präsident Obama den Friedensnobelpreis. In Deutschland wurde die Absicht, die US-Atombomben aus Deutschland zu entfernen, in den Koalitionsvertrag der neuen Regierung aufgenommen. Atomwaffen sind also ein aktuelles Thema, man könnte hoffnungsvoll von einer guten Chance für einen Durchbruch beim Kampf gegen die Atomwaffen sprechen.

Als Obama noch mitten im Wahlkampf steckte, entwickelten Friedensfreunde in Essen – mit dabei Juliane Pilz von der DFG-VK – die Idee, 2010 einen bundesweiten Kongress für eine Welt ohne Atomwaffen auf die Beine zu stellen. Denn in New York wird im Mai nächsten Jahres die 7. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NPT – Non Proliferation Treaty) stattfinden, mit der viele Erwartungen für Schritte zur Abschaffung der Atomwaffen verbunden werden. Gleichzeitig ist in 2010 Essen die Europäische Kulturhauptstadt.

Was liegt also näher, als unter dem Leitmotiv einer "Kultur für den Frieden" aus der Europäischen Kulturhauptstadt eine Botschaft an die Überprüfungskonferenz in New York zu entsenden, endlich Wege zur Beseitigung der Atomwaffen zu gehen. Mehr dazu weiter unten.

Viele Experten schätzen die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung heute so hoch ein wie noch nie. Vom Generaldirektor der Atomenergieorganisation El Baradei ist auf die Frage, wann die Gefahr eines Atomkrieges am größten gewesen sei, folgende Antwort überliefert: "Gerade jetzt!" Wodurch diese Gefahr hauptsächlich hervorgerufen wird, wird aber durchaus unterschiedlich eingeschätzt. 2007 veröffentlichten vier ehemalige Kalte Krieger der USA, Henry Kissinger, George Shultz, William Perry und Sam Nunn, einen Aufruf zur Abschaffung aller Atomwaffen. 2008 brachten vier prominente deutsche Politiker, Hans-Dietrich Genscher, Richard von Weizäcker, Helmut Schmidt und Egon Bahr, einen entsprechenden Aufruf heraus. Ihre Beweggründe lassen sich in einer Äußerung von Egon Bahr aus diesem Sommer zusammenfassen: "Was im Kalten Krieg als bipolares Instrument der Disziplinierung der beiden gegeneinander gerichteten Lager funktioniert hat, taugt nicht mehr in einer unbestreitbaren multipolaren Welt. Darüber hinaus ist ein Element hinzugekommen, das unter der Bezeichnung al-Qaida für entstaatlichte Gewalt steht, die das Böse aus der Welt schaffen will, nämlich eine gottlose Lebensweise, der die Mehrzahl der Staaten anhängen."

Diese Staatsmänner haben ihre Einschätzung zur Sinnhaftigkeit des Gleichgewichts des Schreckens in den Zeiten des Kalten Krieges also nicht geändert. Die nukleare Abschreckung, die die Welt über Jahrzehnte am Rande der atomaren Vernichtung hat entlang balancieren lassen, wird von ihnen nicht in Frage gestellt. Eine akute atomare Bedrohung erwächst in ihrer Wahrnehmung vorrangig daraus, dass neue Staaten in den Besitz von Atomwaffen gelangt sind, denen sie nicht die gleiche Rationalität unterstellen wie den ehemaligen Ost-West-Kontrahenten.

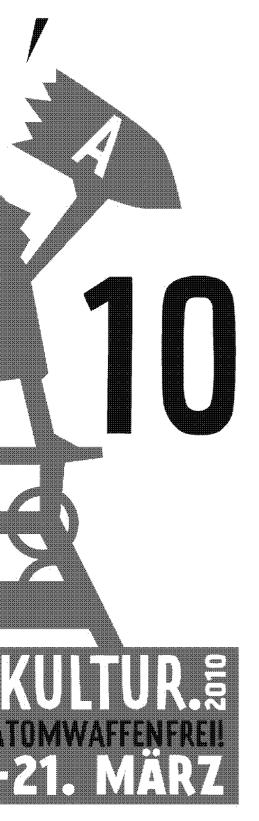
In der Friedensbewegung wird im Gegensatz dazu darauf verwiesen, dass es vor allem die "alten" Atommächte sind, die die überwiegende Mehrzahl an einsatzbereiten Atomwaffen besitzen sowie die Trägermittel, sie weltweit einzusetzen. Hier existiert also das umfassendere Bedrohungspotenzial. Die fünf Atommächte USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China sind bestrebt, ihre Atomwaffen-Systeme zu modernisieren und z.T. auch auszuweiten. Dabei geht es um die Modernisierung von Sprengköpfen (USA), die Modernisierung von U-Booten als Träger von Atomraketen (Frankreich) oder die Weiter- und Neuentwicklung von Raketen (Russland, Großbritannien, China). Von vielleicht noch größerer Tragweite sind die Veränderungen in den Einsatzstrategien für diese Waffen.

In den Zeiten des Kalten Krieges galt der Ersteinsatz von Atomwaffen als staatlicher Selbstmord, da beide Seiten die Fähigkeit zum erfolgreichen Zweitschlag besaßen, also den Angreifer ebenfalls atomar vernichten konnten. Im Streit um die so genannte Nato-Nachrüstung der 1980er Jahre ging es daher auch darum, ob mit den Pershing II und Cruise Missiles die USA die Fähigkeit



zum erfolgreichen Erstschlag erlangen würden.

Aus der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes und der Herausbildung einer so genannten multipolaren Welt haben zunächst die USA und ihre Verbündeten neue Konsequenzen gezogen. Im Jahr 2001 wurde in den USA die Nuclear Post Review veröffentlicht, in der das Szenario des Einsatzes von Atomwaffen um-



fassend erweitert wurde. So sollte der Nukleareinsatz auch gegen Angriffe mit biologischen und chemischen Waffen möglich sein, also auch gegen Staaten, die selbst keine Atomwaffen besitzen. In den folgenden Jahren wurden diese Pläne weiterentwickelt hin zu einer Strategie, die den präemptiven Einsatz von Atomwaffen vorsah, also zum Zweck der Zerschlagung einer Gefahr, die erst im Entstehen ist oder nur vermutet wird. Auch innerhalb der Nato gibt es Bestrebungen, den Ersteinsatz von Atomwaffen in die Nato-Strategie aufzunehmen. Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass auch Russland den atomaren Ersteinsatz gegen konventionelle Angriffe in seine Militärstrategie aufgenommen hat. Ob solche Pläne mit der Rationalität vereinbar sind, die Egon Bahr den ehemaligen Ost-West-Kontrahenten spricht?

All diese Entwicklungen verlaufen nicht unwidersprochen. So hat der US-Kongress immer wieder atomare Weiterentwicklungen gestoppt und so den nuklearen Kriegen Grenzen aufgezeigt. Vielen Politiker auch in den USA erscheint die Gefahr einer nicht zu kontrollierenden Weiterverbreitung der Atomwaffen größer als der Nutzen der eigenen nuklearen Überlegenheit. So lassen sich solche Initiativen wie die von Henry Kissinger u.a. erklären, ebenso wie der Vorstoß von Präsident Obama.

Allerdings ist es wichtig, bei diesen Vorstößen genau hinzuschauen. Obama hat in seiner Prager Rede deutlich gemacht, dass die USA solange atomare Waffen behalten werden, wie andere Staaten sie auch haben. In diesem Zusammenhang muss man sich vor Augen führen, dass die USA nach Ende des Kalten Krieges entgültig zur alles übertreffenden Militärmacht aufgestiegen sind. Fast 50 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen auf die Vereinigten Staaten. Der Anteil bei möglichen Kontrahenten liegen bei einem Zehntel davon. Für viele Staaten gilt daher die Atomwaffe als Faustpfand gegen eventuelle Angriffe der USA. Ein wichtiges Element auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt ist also, auch über konventionelle Abrüstung zu sprechen und über Sicherheitsgarantien und die Stärkung von Systemen gegenseitiger Sicherheit.

Wenn ernsthaft ein Weg zur atomaren Abrüstung beschritten werden soll, dann müssen die alten Atommächte vorangehen, muss die Nato sich ebenfalls zu diesem Ziel bekennen, müssen nukleare Strategien für ungültig erklärt werden. Auch Staaten ohne eigene Atomwaffen, aber mit politischem Gewicht, wie etwa Deutschland, können hier Impulse geben: indem sie keine fremden Atomwaffen auf ihrem Territorium dulden und sich innerhalb der Nato für eine Strategieänderung stark machen. Insofern hat die Erklärung der neuen Bundesregierung zum angestrebten Abzug der Atombomben aus Büchel schon eine Bedeutung. Erste Äußerungen aus der Nato, dies nur in einem gemeinsam abgestimmten Prozess umsetzen zu können, verweisen aber bereits auf die Bremsklötze, die vielleicht auch dem einen oder anderen in der Bundesregierung gar nicht so unlieb in den Weg gestellt werden.

Im Mai 2010 findet in New York die 7. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages statt. Nachdem die letzte Konferenz 2005 kläglich vor allem am Widerstand der USA scheiterte, werden an die kommende Tagung hohe Erwartungen geknüpft.

Doch auch Atomwaffengegner verweisen auf die Schwächen des Sperrvertrages, die ihm bereits in die Wiege gelegt wurden. Der Vertrag zementiert die Unterscheidung zwischen den damaligen Atommächten und den anderen Staaten. Die Atommächte sind zwar durch den Vertrag gehalten, ihre Arsenale abzubauen, allerdings bietet der Vertrag bisher keinen Hebel, dies nach 40 Jahren endlich umzusetzen. Ebenso kritisch wird die Tatsache betrachtet, dass innerhalb des Systems des Atomwaffensperrvertrages die friedliche Nutzung der Atomkraft befürwortet wird und der enge Zusammenhang zur militärischen Nutzung ausgeklammert bleibt.

Deshalb setzen inzwischen viele Friedensorganisationen aber auch staatliche Institutionen auf eine Nuklearwaffenkonvention. Entsprechend der Chemiewaffenkonvention und der zu biologischen Waffen würde in einer Nuklearwaffenkonvention die Entwicklung, der Besitz und der Einsatz von Atomwaffen für illegal erklärt. Kontrollmechanismen würden die Einhaltung der Vorschriften überwachen. Für die Staaten, die bereits Atomwaffen besitzen, enthält die Konvention Regelungen mit festen Zeiträumen, innerhalb derer die Waffen abgebaut werden müssen.

Der Entwurf für eine Nuklearwaffenkonvention wurde in den 1990er Jahren von Nichtregierungsorganisationen aus-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

gearbeitet und ist seit 1997 offizielles UN-Dokument. Die Nuklearwaffenkonvention könnte als Weiterentwicklung des Atomwaffensperrvertrages verstanden werden. Malaysia und Costa Rica haben den Entwurf für eine Nuklearwaffenkonvention 2007 beim NPT-Vorbereitungstreffen eingebracht. Ob bei der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 die Weichen hin zu einer solchen Konvention gestellt werden, hängt nicht zuletzt von der öffentlichen Aufmerksamkeit und dem Druck auf die Delegierten in New York ab. Information und Protest tut also not.

Für das Frühjahr 2010 sind daher eine Reihe von Aktionen der Friedensbewegung in Vorbereitung.

Im Mai ist eine "Speakers Tour" mit Experten zum Thema Atomwaffen geplant. Die Ostermärsche im April haben ein Jubiläum zu feiern: Vor 50 Jahren fand der erste Ostermarsch in Deutschland statt. Anlass war damals der Protest gegen die Atomwaffen - und der wird auch jetzt wieder eine wichtige Rolle spielen. Ebenfalls an Ostern soll es an allen europäischen Atomwaffenstandorten parallele Aktionen geben, um auf den internationalen Widerstand gegen die atomare Bedrohung aufmerksam zu machen. Anfang November bildete sich in Berlin ein Koordinierungskreis "Nukleare Abrüstung - NPT2010", der Aktivitäten zusammenfassen soll. Unter anderem wird er einen Appell mit den zentralen Forderungen herausgeben, der von Prominenten aus unterschiedlichsten Lagern unterzeichnet werden soll. um so der Forderung nach nuklearer Abrüstung Nachdruck zu verleihen.

Im März finden die oben bereits angesprochene Konferenz und die Matinee "Friedenskultur.2010 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei" in Essen statt. Die ursprünglich lokale Initiative hat inzwischen breite Unterstützung erfahren. Der Trägerkreis besteht aus der IPPNW (Bundesverband und örtliche Gruppe der "Ärzte gegen den Atomkrieg"), aus Pax Christi (deutsche Sektion und Bistum Essen), aus der DFG-VK (Bundesund Landesverband Nordrhein-Westfalen) und natürlich aus dem Essener Friedensforum. Der Trägerkreis "Atomwaffen abschaffen" unterstützt das Projekt als einen zentralen Bestandteil der Kampagne "Unsere Zukunft atomwaffenfrei".

Vom 19. bis 20. März wird in der Volkshochschule Essen ein mit anerkannten Experten und Politikern besetzter Kongress "Unsere Zukunft atomwaffenfrei" und am 21. März in der Essener "Lichtburg" eine Matinee-Veranstaltung "Künstler für den Frieden" stattfinden. Zu dem Kongress werden bekannte Namen wie Hermann Scheer, Horst Schmitthenner, Mohssen Masserat, Paul Lansu, Angelika Claußen, Reiner Braun, Werner Ruf, Regina Hagen, Peter Bürger, Hans Lammerant, Thomas Schwörer u.v.a. erwartet. In 15 Diskussionsforen und Vorträgen werden die verschiedenen Aspekte der atomaren Bedrohung und der Bewegung dagegen angesprochen. In einer Politikerrunde sollen die Fraktionen des neu gewählten Bundestages zur deutschen Verantwortung für Abrüstungsinitiativen Stellung nehmen.

Für die Abschlussveranstaltung am Samstagabend sind u.a. der Bürgermeister von Hiroshima, Akiba, der Träger des alternativen Nobelpreises Alyn Ware und der hohe Repräsentant der Uno für Abrüstung, Sergio Duarte, eingeladen. Für die Matinee am Sonntag haben Konstantin Wecker, Stoppok, der Folkwang-Dozent und Pianist Till Engel, Bettina Wegner u.a. zugesagt. Der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse hat die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen.

Rund um den Kongress tut sich ebenfalls eine Menge. Der Dortmunder Lichtkünstler Leo Lebendig wird die Fassade der VHS mit seiner Lichtskulptur "Friedenslicht der Religionen" in farbiges Licht tauchen, SchülerInnen sind aufgerufen, an dem Essener Schülerplanspiel (ESPA) zur NPT-Überprüfungskonferenz teilzunehmen, eine Plakatausstellung soll die letzten Jahrzehnte Friedensbewegung im Ruhrgebiet in Erinnerung rufen.

Ein besonderes Highlight wird die erste Pacemakers-Radtour für eine atomwaffenfreie Welt durchs Ruhrgebiet sein. Nachdem schon seit mehreren Jahren in Baden-Württemberg Radsportler einen Marathon für die gute Sache fahren, bereitet der DFG-VK-Landesverband NRW mit Unterstützung aus Baden-Württemberg und von anderen einen Rundkurs durch mehrere Städte des Ruhrgebietes vor. Entlang von modernen Produktionsanlagen und alten Industriedenkmälern, vorbei an Schrebergärten, Kanälen und Zechensiedlungen geht die Pacemakers Friedenskult(o)ur 2010.

Im Internet kann man unter www.friedenskultur2010.de mehr Informationen zum Projekt finden und sich auch bereits für Kongress und Matinee anmelden. Bis Ende Dezember gelten Sonderkonditionen!

Um das alles möglich zu machen, brauchen wir noch einiges an Geld! Nur mit vielfältiger Unterstützung ist dieses Projekt finanziell zu schultern. Steuerbegünstigte Spenden können überwiesen werden auf das Konto von pax christi Essen, Kontonummer 79920010, BLZ 360 602 95, Stichwort "Friedenskultur.2010".

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.

## PAX - Peace Action TraininX 2010

Eine Konsequenz (nicht nur) aus den NATO-Protesten/Von Roland Blach

as soll diese eher kryptisch anmutende Überschrift, werden sich manche der geneigten LeserInnen fragen.

"Peace Action TrainingX – PAX" ist ein vorläufiger Arbeitstitel, den die TeilnehmerInnen des DFG-VK-Landesaktiventreffens Baden-Württemberg am 8. November in Mannheim für eine bundesweite Aktionsakademie gewählt haben. Friedensarbeit soll wieder mehr Spaß machen und damit sowohl deutlich mehr Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen (als bisher), aber

auch jung gebliebene ältere Semester, die mit Herz und Leidenschaft friedliche Protestformen mit Gleichgesinnten austauschen und trainieren wollen.

Der Bundeskongress Anfang Oktober in Hannover hatte die Initiative des DFG-VK-Landesverbands Baden-Würt-

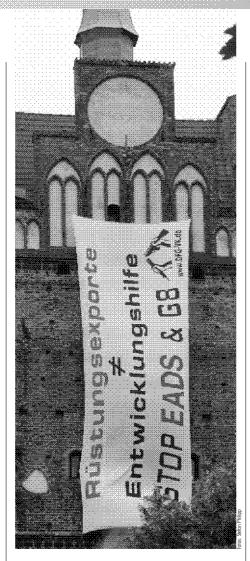
temberg nahezu einstimmig unterstützt und auch geeignete Geldmittel dafür in Aussicht gestellt.

Geplant ist PAX vom 30. Oktober bis 1. November 2010 in Heidelberg. Es soll durch landesweite und regionale Zusammenhänge vorbereitet sowie von der DFG-VK koordiniert werden und bundesweit ausstrahlen. PAX richtet sich an alle Menschen, die sich gegen Gewalt, Krieg und Militarismus engagieren wollen, also Interessierte in und außerhalb der DFG-VK. Angedacht sind sowohl zweitägige Seminare wie mehrstündige Workshops.

Mit PAX zieht die DFG-VK Konsequenzen aus der Überalterung der Bewegung, der oft fehlenden Kreativität und nicht zuletzt den Nato-Protesten im Frühjahr dieses Jahres, an der unser Verband in großem Maße mit beteiligt war. Die **ZivilCourage** ging damals in einer großen Bandbreite auf diese Ereignisse ein. In vielen regionalen, landesweiten und bundesweiten Nachbesprechungen haben Aktive der DFG-VK analysiert, bewertet und versucht, Konsequenzen daraus zu ziehen, auch der Bundesausschuss im Juli. Die Proteste haben trotz immenser Anstrengungen von Monty Schädel und vieler weiterer Aktiver sowie dem Aktionsbüro in Offenburg nicht den gewünschten Effekt für die DFG-VK in der Öffentlichkeit gehabt. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen und die entsprechende mediale Berichterstattung haben uns zudem das Heft aus der Hand gerissen.

Mit Blick auf die Netzwerke Attac und Campact, die im Bereich globalisierungskritischer und umweltpolitischer Themen und Aktivitäten besonders aktiv sind, und im Hinblick auf die von Attac einmal jährlich mit hohem Zuspruch stattfindende Aktionsakademie wird es Zeit, dass die DFG-VK ihre Einzigartigkeit, Vielfalt, ihre Erfahrung und ihr Potenzial im Hinblick auf Medien- und Öffentlichkeitsarbeit im Engagement für Frieden und Abrüstung intensiv nutzt.

Die DFG-VK will mit PAX zur Förderung von Aktionslust und -erfahrung als untrennbare Schwestern von Bildung und inhaltlicher Expertise beitragen – damit unsere politische Kritik an Militarisierung und Krieg und unsere Visionen von einer friedlichen und gerechten Welt die Menschen auch erreichen



und Druck zum gesellschaftlichen Wandel erzeugen.

Erste Gedanken für inhaltliche Schwerpunkte für 2010 sind: Anti-Rekrutierung im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit und Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Abzug der US-Truppen aus Mannheim/Heidelberg, Rüstungsexporte, zivile Konfliktbewältigung.

Ideen für Seminare und Workshops sind derzeit:

- Clownarmy: Was ist ein Clown? Wie verhält sich ein Clown? Wie arbeitet ein Team von Clowns zusammen? Wie können Clowns deeskalierend wirken?
- Digitaler Aktivismus: Es dreht sich alles um die Frage: Wie kann ich Aktionen und Kampagnen im Internet umsetzen!?
- Gewaltfreier ziviler Ungehorsam: Die TeilnehmerInnen lernen nicht nur, eigene Blockaden auf die Füße zu stellen, sondern auch, mit Gewalt und Aggression umzugehen. Wichtig ist dabei, mit den eigenen und fremden Emotionen umgehen zu lernen, um deeskalierend auftreten zu können.

- Rhythm of Resistance: Die TeilnehmerInnen lernen die verschiedenen Musikinstrumente einer Samba-Gruppe kennen. Ziel: gemeinsam spielen lernen!
- Pressearbeit: Die TeilnehmerInnen lernen die Chancen für Pressearbeit für NGOs kennen. Welche Hindernisse sind zu überwinden? Welche Chancen gibt es in Alternativ- und Minimedien?
- Aktionsklettern: Soll Interessierten die Möglichkeit geben, eine langjährig bewährte Klettermethode, die von Greenpeace und Global 2000 im Rahmen ihrer Kletteraktivitäten verwendet wird, auszuprobieren.
- Großpuppenbau, Banner-Workshop: Die TeilnehmerInnen lernen Techniken, wie man Großpuppen baut und Banner malt. Diese können dann auf Demonstrationen und Kundgebungen verwendet werden.
- Kreativer Infostand Street Pedagogy: Wie z.B. die Friedensradtour 2009 von Ansbach nach Büchel
- Rechtliche Aufklärung/Versammlungsrecht: Die TeilnehmerInnen werden über ihre Rechte und Pflichten auf Demonstrationen, Kundgebungen oder im Alltag aufgeklärt.
- Street Art und Adbusting: Welche Möglichkeiten gibt es sich, im öffentlichen Raum kreativ auszuleben? Wie kann man Plakate so gestalten, dass sie möglichst viel Aufmerksamkeit erregen?
- Video: Wie gestaltet man Videos und setzt sie technisch um?
- Kommunikationsguerilla: ist eine Aktionsform, bei der gezielt Information, Veränderung von Information bzw. Desinformation eingesetzt wird, um Ziele zu erreichen.

Weitere Ideen sind u.a. Geo-Casing, Parolen für Demos

Abgerundet werden soll die inhaltliche Arbeit durch ein vielfältiges Rahmenprogramm, z.B. Liveauftritte, Kabarett, gemeinsame Abschlussfeier/-aktion.

Üben wir uns also im positiven, bunten, aktionistischen, leidenschaftlichen, musikalischen und friedlichen Protestieren! Lernen wir praktisches "Handwerkszeug" zum aktiven Widerstehen! Denn "friedlich denken allein ändert nichts" – und macht auch keinen Spaß.

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg.



# Mein Herz blutet für die Opfer der perversen Kriegspolitik

Dank- und Informationsschreiben des US-Deserteurs André Shepherd an seine UnterstützerInnen

as war das für ein Jahr! Ich kann gar nicht glauben, dass so viel Zeit vergangen ist, seit ich meinen Asylantrag stellte. Ich möchte Euch allen herzlich für Eure Liebe und Unterstützung in dieser schwierigen, aber aufregenden Zeit danken.

Zunächst möchte ich Euch über den aktuellen Stand des Verfahrens informieren. Im Moment führt das Bundesamt für Migration immer noch Nachforschungen durch, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob ich Asyl erhalte oder nicht. Ich weiß, dass sich viele von Euch fragen, warum diese Entscheidung so viel Zeit braucht. Wir müssen aber begreifen, dass eine Entscheidung dieser Tragweite nicht leichtfertig getroffen wird.

Macht Euch bewusst, dass ein Ja faktisch dem Eingeständnis gleichkäme, dass der "Krieg gegen den Terror" illegal und unmoralisch ist. Die Auswirkungen einer solchen Entscheidung wären ungeheuerlich, insbesondere, weil die Entscheidung von einem wichtigen Verbündeten der USA käme. Ein Ja könnte auch dafür sorgen, dass es einen sicheren Platz für KriegsgegnerInnen in Europa gäbe, was die Behörden in höchstem Maße in Verlegenheit bringen würde. Es könnte auch den Druck auf die US-Re-

gierung erhöhen, Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit gerichtlich zu ahnden, anstatt weiter Kriegsgegner zu verfolgen, die eine begründete moralische Entscheidung getroffen haben.

Wenn die deutsche Regierung Nein sagt, haben wir eine ganz merkwürdige Situation, da es reichlich Beweise gibt, dass dieser Krieg ein Angriffskrieg ist und er US-amerikanisches, deutsches und internationales Recht verletzt. Es wäre sehr interessant, die Erklärung für solch eine Entscheidung zu erfahren und zu sehen, wie die Welt darauf reagieren würde.

Ich sehe, dass dies möglicherweise eine politische Zeitbombe ist angesichts der langen Geschichte der Freundschaft zwischen den beiden Staaten. Trotzdem glaube ich an wahre Gerechtigkeit und auch daran, dass es unter Freunden möglich sein muss, die Fehler des anderen offen zu benennen.

Im Lauf dieses Jahres bin ich durchs Land gereist, habe Veranstaltungen gemacht und Vorträge gehalten, um Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema zu gewinnen. Es gab ein großes Echo in den Medien wie auch im Internet, dank der Hilfe einiger Unermüdlicher. Wenn ich zurückschaue, denke ich, dass wir erfolgreich waren; trotzdem müssen wir weiter dran bleiben, um möglichst weite Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Dem gewöhnlichen Menschen fällt es schwer, eine Verbindung zu den Kriegen in Irak, Afghanistan und Pakistan herzustellen, einfach weil sie so weit weg sind. Ziel unserer Arbeit muss es sein, diese Leute zu erreichen, damit sie verstehen, was in jenen Ländern geschieht, und wir endlich den dort herrschenden Wahnsinn stoppen können. Ich muss auch betonen, dass uns die Völker jener Länder nicht etwa wegen unserer "Freiheit" und unseres Glaubens has

sen. Sie sind einfach deshalb gegen uns, weil wir ihre Länder besetzt haben.

Wie würden wir denn handeln, wenn fremde Streitkräfte unsere Heimatstädte besetzen würden? Wir würden mit Klauen und Zähnen kämpfen, um sie zu

vertreiben. Und genau das tun die Menschen dort auch.

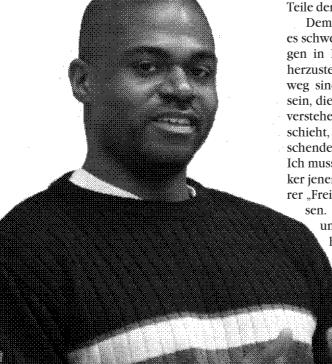
Ich bin nicht glücklich darüber, dass unsere Soldaten aus Gründen sterben, die ihnen selbst gar nicht bewusst sind. Niemand sollte sinnlos sterben müssen, erst recht nicht unter falschen Vorwänden. Mein Herz blutet für die Männer, Frauen und Kinder, die auf allen Seiten des Konfliktes leiden, weil sie alle Opfer einer perversen Politik sind.

Um die Botschaft weiter zu verbreiten, fordere ich jede und jeden auf: Berichtet über meinen Asylantrag und bittet Eure Freunde und Kollegen, die deutsche und die US-Regierung aufzufordern, sich sofort aus diesen Ländern zurückzuziehen! Nur gemeinsam können wir hoffen, Erfolg zu haben. Deshalb bitten wir Euch weiter um Eure Unterstützung in dieser sehr wichtigen Sache.

Heute ist in den USA Erntedankfest (Thanksgiving). Ich möchte das zum Anlass nehmen, Euch allen zu danken, dass ihr mich in meinem Kampf so unermüdlich unterstützt habt. Dadurch, dass Ihr Zeit, Kraft und Geld investiert habt, war es uns möglich, Dinge zu erreichen, die wir noch vor einem Jahr gar nicht für möglich gehalten hätten.

Vom Winter Soldier Hearing in Freiburg im März dieses Jahres bis zur Veranstaltung von Ethecon am letzten Wochenende in Berlin: Wir haben unsere Botschaft überall an die Menschen bringen können. Besonders wichtig ist mir, dass wir vor Schulkindern darüber sprechen konnten, was es wirklich bedeutet, Soldat zu sein. Das ist enorm wichtig, da junge Menschen bereits als Schüler eine Entscheidung treffen müssen, die vielleicht Auswirkungen auf den Rest ihres Lebens hat. Wir müssen ihnen richtige und sachgemäße Informationen geben, damit sie selbst eine gute Entscheidung für ihr Leben treffen können. Wir haben uns viel zu lange einreden lassen, was wir glauben und was wir über die Welt um uns herum denken sollen. Es ist Zeit für uns, aufzuwachen und die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist, indem wir unsere eigenen Köpfe gebrauchen.

Insbesondere möchte ich mich bedanken bei Connection e.V., dem Military Counseling Network, Iraq Veterans Against the War (in den USA und Euro-



pa), den Tübingen Progressive Americans, der DFG-VK, Stop the War Brigade und Ethecon, die mir dabei geholfen haben, die Botschaft des Friedens weiterzutragen. Es gibt noch viele andere Organisationen und Einzelpersonen, die ich jetzt nicht genannt habe, die aber ebenfalls viel dazu beigetragen haben. Herzlichen Dank Euch allen! Möge Gott Euch eine gute Zukunft schenken.

Leider wird der US-amerikanische Krieg gegen die Menschheit fortgesetzt. Präsident Obama ist dabei, weitere 38.000 Soldaten nach Afghanistan zu entsenden und den versprochenen Rückzug aus dem Irak aufzugeben. Die Zahl der Todesopfer wächst stetig, und Soldaten aus vielen Ländern sind durch

diesen ungerechten Krieg traumatisiert. Die Menschen aus den betroffenen Ländern fliehen massenhaft, weil sie einen sicheren Ort zum Leben suchen. Die Grundversorgung in jenen Ländern reicht nicht einmal annähernd aus, um ein normales Funktionieren der Gesellschaft zu ermöglichen.

Angesichts dieser Situation mag man versucht sein, zu verzweifeln. Aber es gibt Grund zur Hoffnung. Die Stimme der Opposition wird von Tag zu Tag stärker, da immer mehr Menschen aus der ganzen Welt diese ständigen Verbrechen nicht länger mit ansehen wollen und sich auf unsere Seite stellen. Wir dürfen nicht nachlassen, wir müssen weiterkämpfen. Nur wenn wir zusammenste-

hen und gemeinsam fordern, dass die Kriege beendet werden, können wir die Wunden der Vergangenheit heilen und eine bessere Welt für unsere Kinder aufbauen.

Ich wünsche Euch allen Glück und Gottes Segen.

Euer André Shepherd

In der ZivilCourage 1/2009 äußerte sich André Shepherd in einem Interview dazu, wie und warum er als US-Soldat zum Kriegsdienstverweigerer wurde, desertiert und in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt hat



# Anerkennung von Nato und Kapitalismus als Voraussetzungen für "Politikfähigkeit"

## Ramelow markiert Anpassung-Kurs der Linkspartei/Von Klaus Schramm

nfang Oktober gab der damalige Spitzenkandidat der Linkspartei bei der Landtagswahl in Thüringen, Bodo Ramelow, die Richtung für die in den kommenden vier Jahren anstehende Anpassung seiner Partei an die von den Etablierten geforderte "Politikfähigkeit" vor. Passenderweise in einem Interview mit der Springer-Zeitung "Welt am Sonntag" erklärte er im pluralis majestatis zum Afghanistan-Krieg: "Uns geht es nicht um einen sofortigen Abzug. Das wäre wie eine Flucht damals aus Vietnam."

Ähnlich wie bei den Grünen in den 1980er Jahren werden von den Mainstream-Medien informelle Voraussetzungen geltend gemacht, bevor aufstrebende PolitikerInnen als "politikfähig" gelten dürfen. Zu diesen ungeschriebenen Regeln gehört, dass die Nato, das Gewaltmonopol des Staates und nicht zuletzt das kapitalistische Wirtschaftssystem als unantastbar anerkannt werden müssen. OpportunistInnen und KarrieristInnen, die diese Regeln verstanden haben, werden mit der Nennung ihres Namens in der "Berichterstattung" von Parteitagen geadelt und bei Interviews bevorzugt. Sowohl von den Mainstream-Medien als auch von den Parteihierarchien wird eine unsichtbare Selektion ausgeübt: Die "Anpassungsfähigen" werden mit Aufmerksamkeit belohnt, die "Unbelehrbaren" mit Häme überzogen, diffamiert oder schlicht ignoriert. So ist gewährleistet, dass in der Regel nur eine Auswahl der schwächsten und anfälligsten Menschen von der Basis der Parteien bis in entscheidende Positionen in Berlin aufsteigt.

Dass ein hervorragendes Wahlergebnis nicht ausreicht, um als "politikfähig" anerkannt zu werden, musste die Linkspartei nach der Landtagswahl in Thüringen schmerzlich zur Kenntnis nehmen. Sie war immerhin auf real 15,6 Prozent (offiziell 27,7 bei Nichtberücksichtigen der Wahlbeteiligung) gekommen und lag damit weit vor der "S"PD (real 10,7, offiziell 19,0 %). Dem thüringer "S"PD-Chef Christoph Matschie wird es sicherlich noch gelohnt werden, dass er entgegen sonstigen politischen Gepflogenheiten bei den rot-rot-grünen Koalitionsverhandlungen die Wahl Ramelows zum Ministerpräsidenten von vornherein ausgeschlossen hat. Ramelow sollte offenbar sogar vor der gebotenen Rücksprache innerhalb der Linkspartei dazu genötigt werden, bereits bei den Sondierungsgesprächen den Satz zu unterschreiben: "Die SPD stellt den Ministerpräsidenten."

Dass Ramelow diese Lektion gelernt hat, sich aber offenbar noch recht ungeschickt bei der Umsetzung anstellt, zeigt der Vergleich mit Vietnam in seinem Interview mit der "Welt am Sonntag". Dabei dürfte überzeugten AnhängerInnen von – letztlich unverbindlichen – Parteiprogrammen an der Basis der Linkspartei besonders bitter aufstoßen, dass Ra-

melow den Vietnam-Krieg nicht nur aus der Perspektive der US-Militärmacht betrachtet, sondern für einen vermeintlich ehrenvollen Abzug durchaus bereit gewesen wäre, einige zehntausend weitere Tote in Kauf zu nehmen.

Nun ist die "pragmatische" Anerkennung von Krieg ("Volksbefreiungskrieg") auf Seiten der Linken keineswegs ein neuartiges Phänomen. Gelegentlich mag dabei das Scheinargument, es gehe um die Verteidigung von Menschenrechten, von den Kriegs-PropagandistInnen selbst geglaubt worden sein. In seiner Äußerung schießt Ramelow aber über die vorgegebene Ziellinie weit hinaus. So kommentiert beispielsweise Werner Pirker in der "jungen welt" empört: "Dass aber einer das chaotische Ende eines von den USA geführten Unterwerfungskrieges beklagt, stellt zweifelsohne eine neue Qualität linken Anpasslertums dar."

Ramelows Karriere in der Linkspartei könnte als Folge dieser Ungeschicklichkeit ein schnelles Ende finden. Dies wird jedoch – wie das Beispiel Brandenburg zeigt – den zukünftigen Kurs der Linkspartei kaum beeinflussen. Auch wenn Ramelow ersetzt werden muss, stehen genügend andere, die ebenfalls Blut geleckt haben, bereits Gewehr bei Fuß, um seine Rolle zu übernehmen.

Klaus Schramm ist DFG-VK-Mitglied und seit Jahrzehnten in der Friedensund Umweltbewegung engagiert.

# **Abkehr oder Verlagerung**

## Obamas Beendigung der geplanten "Raketenabwehr"/Von Marion Küpker

och in der Vor-Obama Ära unterzeichnete die polnische Regierung einen Vertrag zur Stationierung von zehn US-Abfangraketen auf einem Stützpunkt in Polen. In Tschechien sollte die dazugehörige Radaranlage gebaut werden. Russland, aber auch die tschechische und polnische Bevölkerung protestierten heftig gegen diesen so genannten Raketenabwehrschild, darunter allein 130 tschechische BürgermeisterInnen.

Der pro-westlich eingestellte russische Militärexperte Pavel Felgenhauer: "Russland befürchtet, dass die Atomraketen, die in Polen in der Nähe Russlands aufgestellt werden sollen, auch Erstschlagsfähigkeiten haben und Moskau zerstören könnten, bevor russische Vergeltungsraketen in der Luft wären; deshalb glaubt man nicht, dass sie tatsächlich zur Raketenabwehr, sondern für einen atomaren Erstschlag gedacht sind."

Russland kann nicht abwarten, ob die Rakete einen konventionellen Sprengkopf trägt, oder ein Atompilz über der russischen Hauptstadt aufsteigt. Auch die Vereinigten Staaten würden umgekehrt das Schlimmste annehmen und mit atomarer Aufrüstung antworten.

Vor diesem politischen Hintergrund wird Obamas aktueller Verzicht auf diese Raketenabwehr, der im September in den Medien veröffentlicht wurde, von vielen begrüßt und als Schritt hin zur nuklearen Abrüstung betrachtet – wären da nicht weitergehende Informationen!

Mitte August fand in Alabama die jährliche U.S. Space and Missile Defense Conference (Konferenz zur US- Weltraum und Raketenabwehr) statt. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete, dass der Vizepräsident des US-Rüstungskonzerns Boeing, Greg Hyslop, gleichzeitig auch Chefmanager der Abteilung für Raketenabwehr, verkündete, seine Gesellschaft entwickle aktuell eine ca. 21.500 Kilogramm schwere Abfangrakete, die bei Bedarf schnell zu Nato-Basen in Europa geflogen und auf einem Anhänger in Stellung gebracht werden könnte.

Das Haushaltsbüro des US-Kongresses veröffentlichte eine Studie zu den verschiedenen Optionen für einen Raketenabwehrschild in Europa. Darin heißt es, dass landgestützte mobile Raketen in Deutschland auf dem US-Militärstützpunkt Ramstein und in der Türkei auf der Basis Incirlik stationiert werden sollen und seegestützte vor den Küsten Rumäniens im Schwarzen Meer, Polens in der Ostsee und Italiens im Mittelmeer. Die Radaranlagen im aserbaidschanischenn Katar sowie Flyingdales in England würden das System unterstützen und könnten zwischen 2015 und 2018 fertig gebaut sein.

Die Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" berief sich auf den US-Raketenschild-Lobbyisten Riki Ellison und meldete, dass Mitarbeiter von Obama sich dafür einsetzen, dass die Abfangraketen auf Schiffen sowie in Israel, der Türkei und auf dem Balkan aufgestellt würden. Auch die "New York Times" meldete, die Türkei und der Balkan seien als Alternativen im Gespräch.

Der US-Journalist Rick Rozoff beschreibt das MEADS (Medium Extended Air Defense Systems - Luftverteidigungssystem mittlerer Reichweite) als ein transportables Raketen- und Flugabwehrsystem, das Bodentruppen auch an die Front begleiten kann, um sie gegen Luft- und Raketenangriffe zu schützen. Zum Ausbau der so genannten Raketenabwehr in Europa hat die Obama-Regierung für das nächste Jahr fast 600 Millionen Dollar zur Finanzierung für MEADS gefordert. MEADS ist ein von den Vereinigten Staaten, Deutschland, Italien und der Nato gemeinsam finanziertes Programm für taktische Abwehrraketen, mit dem die in Europa bereits vorhandenen Systeme Patriot und Nike Hercules unter Nato-Management aufgewertet werden sollen. Die USA übernehmen 58 Prozent, Deutschland 25 Prozent, Italien und andere Nato-Mitglieder 17 Prozent der Kosten. MEADS soll zur Luftverteidiballistische gung gegen Raketen. Marschflugkörper und Flugzeuge die-

Dass die als "Ersatz" geplanten mobilen US-Abwehrraketen auf Schiffen (die es schon gibt) und auf Fahrzeugen (die bereits im Modell existieren) viel gefährlicher sind als die gestoppte stationäre "Raketenabwehr" leuchtet ein, da letztere als Ziel viel einfacher auszumachen ist.

Auf dem deutschen Nato-Atomwaffenstützpunkt Büchel ist die Bundeswehr stolz auf ihre neue Angriffswaffe: Die "Taurus-Marschflugkörper", die ebenfalls von dort aus zum Einsatz kommen können.

Der "Taurus", die modernste Abstandswaffe der Welt, wurde im Jahre 2005 von dem deutsch-schwedischen Konzern Taurus Systems GmbH (EADS-Lenkflugkörpersysteme und Saab Bofors Dynamics) entwickelt, und 600 Stück wurden für Deutschland produziert. Die bunkerbrechende Taurus-Rakete fliegt nach dem Ausklinken vom "Tornado" eigenständig unter dem Radar hindurch bis zu 500 Kilometer weit zum Ziel, wo sie vier Meter Stahlbeton durchdringen kann. Um in unterirdische Bunker eindringen zu können, führt sie am Ziel ein genanntes High-pop-up-Manöver durch, d.h. sie fliegt senkrecht nach oben, um dann im Sturzflug "effektiv" einzudringen. Um hierzu in der Lage zu sein bedarf es eines Materials mit besonders hoher Dichte, wie es Uran darstellt. Laut Tommy Rödl, Sprecher des bayerischen DFG-VK-Landesverbands, kann der "Taurus" sogar mit einem Atomsprengkopf bestückt werden. Bereits der Einsatz der konventionellen "Taurus"-Waffe verbunden mit dem Raketenabwehrsystem würde die Möglichkeit eines Nato-Angriffskriegs gegen Russland stark erhöhen: Die feindlichen unterirdischen Atomwaffenbunker könnten u. U. so vor dem Gegenangriff zerstört wer-

Dass die Pläne der USA und der Nato zur Errichtung eines Raketenabwehrschildes mit entsprechenden Radarstationen in Europa nicht entworfen wurden, um die Vereinigten Staaten und Westeuropa vor imaginären iranischen Interkontinentalraketen mit nicht existierenden Atomsprengköpfen zu schützen, musste sogar General James Cartwright, der stellvertretende Chef des US-Generalstabs, im September auf der Raketenabwehr-Konferenz eingestehen. Der bekannte Journalist John Pilger schreibt in einem am 1. Oktober in "New Statesman" veröffentlichten Artikel:

"Die Behauptung, vom Iran gehe eine atomare Bedrohung aus, ist eine Lüge": "Erinnern wir uns an die berüchtigte Titelseite des Guardian vom 22. Mai 2007: ,Irans heimlicher Plan für eine Sommeroffensive zur Vertreibung der US-Truppen aus dem Irak'. Ihr Autor Simon Tisdall berief sich auf Behauptungen aus dem Pentagon über einen iranischen "Kriegsplan", nach dem die US-Streitkräfte im September 2007 angegriffen und aus dem Irak vertrieben werden sollten: das war eine Falschmeldung, die nie dementiert wurde. Im offiziellen Jargon heißt diese Art Propaganda 'Psy-Ops', das ist das militärische Kürzel für 'Psychologische Operationen'. Im Pentagon und in Whitehall sind sie zu einem wichtigen Bestandteil einer diplomatischen und militärischen Kampagne geworden, die den Iran blockieren, isolieren und schwächen soll; eine angeblich vom Iran ausgehende ,atomare Bedrohung' wird von Barack Obama und Gordon Brown systematisch aufgebauscht und von der BBC und anderen Medien als objektive Nachricht nachgeplappert und verbreitet."

"Am 16. September gab Newsweek bekannt, dass die wichtigsten US-Geheimdienste dem Weißen Haus berichtet hätten, der 'atomare Status' des Irans habe sich seit der National Intelligence Estimate vom November 2007 nicht verändert; damals wurde mit 'ziemlicher Sicherheit' festgestellt, dass der Iran 2003 sein vermutetes (Atomwaffen-)Programm eingestellt habe. Auch die International Atomic Energy Agency/IAEA hat das immer wieder bestätigt."

"Die gegenwärtige Propaganda wird ergänzt durch die Ankündigung Obamas, die Vereinigten Staaten verzichteten darauf, Raketen in der Nähe der russischen Grenze aufzustellen. Damit soll kaschiert werden, dass sich die Anzahl der in Europa zu stationierenden US-Raketen erhöhen wird, weil (mehr als) die Raketen, auf die angeblich verzichtet wurde, auf Schiffen stationiert werden sollen. Mit diesem Spiel soll Russland dazu gebracht werden, sich der US-Kampagne gegen den Iran anzuschließen oder sie wenigstens nicht zu behindern. Obama verkündete: 'Präsident Bush hatte Recht damit, dass die ballistischen Raketen des Irans eine schwere Bedrohung [für Europa und die Vereinigten Staaten] darstellten'. Diese Behauptung, der Iran könnte einen selbstmörderischen Angriff auf die Vereinigten Staaten erwägen, ist einfach absurd." "Hinter Obamas Kraftprobe mit dem Iran steckt noch ein anderer Plan. Die Medien auf beiden Seiten des Atlantiks sollen die Öffentlich-

keit auf einen endlosen Krieg einstimmen. General Stanley McChrystal, der Oberkommandierende der USund Nato-Streitkräfte in Afghanistan, braucht nach einer Meldung des US-TV-Senders **NBC** 500.000 Soldaten und mindestens fünf Jahre für einen Sieg. Ziel dieses Krieges ist die ,strategische Sicherung' der Gas- und Ölfelder des Kaspischen Meeres, Zentralasiens, des persischen Golfs und des Iran - mit anderen Worten: die Herrschaft über Eurasien. Aber dieser Krieg wird von 69 Prozent der Briten, von 57 Prozent der US-Ameri-

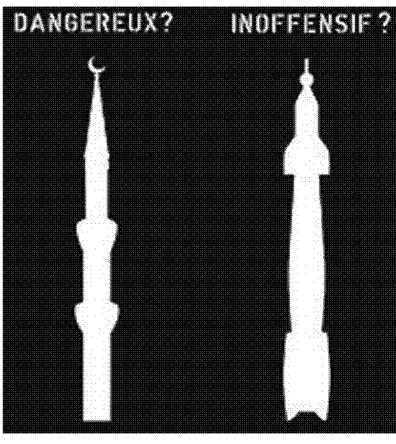
kaner und von fast allen anderen Menschen abgelehnt. Es wird nicht leicht sein, "uns alle" davon zu überzeugen, dass der Iran der neue Dämon ist."

Im September berichtete der Internet-Blog SaarBreaker in dem Artikel "Militärübung startet trotz regionaler Spannungen zwischen Israel und Iran", dass etwa 1.000 dem European Command (Eucom in Stuttgart) unterstehende US-Soldaten im Oktober zu der groß angelegten Übung "Juniper-Cobra" zur Raketenabwehr nach Israel in die Negev Wüste verlegt werden sollen.

Die US-Soldaten aus allen vier Teilstreitkräften (Air Force, Army, Navy und Marine Corps) werden mit einer gleichen Anzahl Soldaten der israelischen Streitkräfte auch an mit Computern simulierten Kriegsspielen teilnehmen, die sicherstellen sollen, dass die beiden Staaten in einer Krise gemeinsam agieren können.

Bezüglich der neuen Raketenabwehrpläne berichtete die "Jerusalem Post", dass Vertreter der Vereinigten Staaten und Israels sich zu informellen Gesprächen getroffen hätten, bei denen es um die Stationierung von Elementen des Systems in Israel ging.

Im April haben bereits etwa 100 in Europa stationierte US-Soldaten in Israel an einer Raketenabwehr-Übung teilge-



nommen, in die zum ersten Mal ein im Besitz der USA befindliches Radarsystem einbezogen war, das im Oktober 2008 auf der Nevatim Air Base in der Negev-Wüste aufgebaut wurde. Bei Raketenstarts im Iran soll das X-Band-Radar Israel rechtzeitig warnen.

Die als Übung getarnte Verstärkung der Raketenabwehr Israels könnte eine vorbeugende Maßnahme für den Fall sein, dass der Iran auf den zu erwartenden israelischen Luftangriff auf seine Atomanlagen mit Raketen antwortet.

Da die Pläne der USA und der Nato für einen Raketenabwehrschild in Europa untrennbar mit dem beabsichtigten globalen Raketen-Abfangnetz und der Militarisierung des Weltraums verknüpft sind, müssen wir auf diese gefährliche Entwicklung unser besonderes Augenmerk legen!

Marion Küpker ist Koordinatorin der GAAA und Internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomund Uranwaffen.

# Friedensnobelpreis für einen Kriegspräsidenten

Gedanken einer US-Amerikanerin, die in der deutschen Friedensbewegung aktiv ist/Von Elsa Rassbach

ls US-Amerikanerin bin ich natürlich etwas optimistisch veranlagt. Am 12. November kamen wieder diese "Change"-Hoffnungen auf, und zwar durch eine E-Mail der US-Friedensorganisation Granny Peace Brigade (Friedensbrigade der Großmütter) in New York: "Jetzt ist die Zeit. Drängt, drängt, drängt, ruft an, faxt, schickt E-Mails an whitehouse.gov. Obama zeigt endlich Rückgrat. Er akzeptiert keine der "Mehr-Truppen'-Optionen, die andere ihm verkaufen wollen. Deshalb: Drängt jetzt darauf, den Krieg in Afghanistan zu beenden und unsere Truppen nach Hause zu holen."

Sollten unsere Anrufe und E-Mails an das Weiße Haus doch noch etwas bewirken können? Dann wäre der Friedensnobelpreis für Barack Obama doch nicht nur ein Hohn, sondern etwas, worauf wir US-Bürger und Bürgerinnen stolz sein können; genauso wie darüber, dass wir die Verbrechen der US-Geschichte insofern überwunden haben, als wir einen Schwarzen ins Weiße Haus geschickt haben.

Ja, bis zum letzten Augenblick hofften wir noch ein bisschen. Am Vorabend von Obamas Rede in der Militärakademie West Point bekam ich nochmals eine Aufforderung von US-Friedensaktivisten, das Weiße Haus zu kontaktieren. Diese Bitte war in Form eines offenen Briefs an Obama von Michael Moore, der bei der Wahl Obamas vor einem Jahr vor Freude geweint hatte. Moore schrieb: "Lieber Präsident Obama, willst Du wirklich der neue "Kriegspräsident" werden? Wenn Du morgen nach West Point gehst und verkündest, dass Du den Truppeneinsatz in Afghanistan erhöhst, statt die Truppen zurückzuziehen, dann bist Du der neue Kriegspräsident. So einfach ist das. Und damit machst Du das Schlimmste, was Du überhaupt machen könntest - Du vernichtest die Hoffnungen und Träume, die so viele Millionen Menschen Dir anvertraut haben. Mit nur einer Rede morgen Abend wirst Du die Menge der jungen Menschen, die das Rückgrat Deiner Kampagne waren, in desillusionierte Zyniker verwandeln. Du wirst sie lehren, dass es stimmt, was sie immer gehört haben - dass alle Politiker gleich sind."

Nun hat sich Obama also entschieden, weitere 30.000 US-Soldaten nach Afghanistan zu schicken. In seiner Rede gab er die ganze Rhetorik des Bush-Regimes fast unverändert wieder. Obwohl weitgehend bekannt ist, dass weniger als einhundert al-Qaida-Mitglieder noch in Afghanistan sind, begründete Obama die Notwendigkeit einer Aufstockung der Truppen vor allem mit dem Anschlag in New York am 11. September 2001 und der gefährlichen al-Qaida in Afghanistan. Laut Obama geht es vorwiegend um die "die Sicherheit des USamerikanischen Volkes"; die Lage der Bevölkerung in Afghanistan hat er nicht einmal erwähnt, auch nicht, um etwa einen Versuch zu machen, irgendwelche fadenscheinigen Behauptungen über humanitäre Hilfe oder die Lage der Frauen zu liefern. Genau wie Bush versprach Obama, einen Krieg gegen den Terrorismus endlos und überall zu führen, auch jenseits von Afghanistan und Pakistan, zum Beispiel möglicherweise im Jemen oder in Soma-

Auffällig und natürlich etwas enttäuschend ist die relative Stetigkeit der US-Politik – unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt. Bis jetzt erscheint die Außenpolitik der Obama-Administration mit der der zweiten Bush-Regierung fast identisch, inklusive der stets steigenden Rüstungsausgaben.

In den ersten (und vielleicht auch letzten) vier Jahren seiner Präsidentschaft wird Obama voraussichtlich mehr als jeder Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg für Rüstung ausgeben. Gleichzeitig erweitert er die geheimen "unbemannten" CIA-Einsätze. Als die USA 2003 den Irak angegriffen, waren nur eine Handvoll Drohnenflugzeuge im Einsatz, heute sind es mehr als 7.000. 2003 hatte das US-Militär keine militärischen Roboterfahrzeuge, heute sind 12.000 im Einsatz. In zehn Monaten hat Obama in Pakistan mehr Angriffe durch Drohnen autorisiert als Bush in den letzten drei Jahren seiner Amtzeit und gerade hat er noch mehr solcher Einsätze bewilligt.

Manchmal kann man sich kaum der Vermutung entziehen, dass die US-Politik durch den jeweiligen Präsidenten gar nicht zu beeinflussen sei. Vielleicht ist der Kern dieses ungeheuren, weltweit auf mehr als 1.000 Militärbasen gestützten Imperiums der "militärisch-industrielle Komplex", vor dem der Ex-

General Eisenhower als US-Präsident 1961 seine Landsleute warnte, weil sie dadurch ihre Demokratie viel-

> leicht bald – genauso wie Rom – verlieren würden.

Die manchmal über Jahrzehnte andauernden Rüstungsprojekte, die 51 Prozent aller US-Steuergelder verschlingen, werden ungestört und profitabel realisiert, und mit der zunehmenden Privatisierung des Kriegs seit Bush gibt es ja noch zusätzliche Gewinnmöglichkeiten.

Wenn jeder US-Präsident eigentlich dem militärisch-industriellen Komplex dienen muss, dann ist derjenige, dem es trotzdem gelingt, eine gewisse Menschlichkeit und Vernunft auszustrahlen, ja "irgendwie doch ein Held". Möglicherweise hat Obama schon alles getan, was ein US-Präsident heutzutage überhaupt tun kann. Vielleicht war dies der Beweggrund des Komitees in Oslo, ihn aus mehr als 200 Nominierungen für den Friedensnobelpreis auszuwählen. Wir wissen ja nicht, gegen wen und was Obama sich intern durchsetzen musste,

um zum Beispiel in Kairo die schönen Worte zu sagen,

schonen Worte zu sagen,
dass der "Kampf
der Kulturen"
und der

long ich ni
sollte.
1973,
nam
bekon
viel
ült
der

Beschonen Worte zu sagen,
persö
Proze
ich ni
sollte.
1973,
nam
bekon
viel
ült
der

Atom
kanen
Prage

sei (obwohl dies real nicht der Fall ist). Vielleicht meint nun mancher, dass ich als US-Amerikanerin natürlich gemäßigter als deutsche Friedensaktivisten mit Obama umgehen möchte. Keineswegs, im Gegenteil. Als er als Präsidentschaftskandidat im Juli letzten Jahres Berlin besuchte, wollte es die deutsche Friedensbewe-

"Krieg

gegen den Terror" vorbei gung überhaupt nicht mit ihm aufnehmen. Es war ja klar gewesen, dass Obama bei seiner Rede an der Siegessäule für mehr Bundeswehrsoldaten in Afghanistan werben würde. Aber nur wir, eine kleine Gruppe von Frauen, haben zumindest das Schweigen durch ein Transparent mit der Aufschrift "Truppen raus aus Afghanistan" gebrochen. Und warum konnte in diesem Sommer die neue Berliner US-Botschaft von der Friedensbewegung fast ungestört und unter Mitwirkung der Bundeswehr, die ein großes Zelt auf den Pariser Platz stellte, eröffnet werden?

Den Friedensnobelpreis finde ich persönlich ziemlich langweilig. Mit 60

Prozent der US-Bevölkerung weiß auch ich nicht, warum Obama ihn bekommen sollte. Aber seitdem Henry Kissinger 1973, zwei Jahre, bevor die USA aus Vietnam abzogen, den Friedensnobelpreis bekommen hat, erwarte ich nicht mehr viel und bin auch durch nichts mehr überrascht. Kissinger ist übrigens

damals nicht zur Preisverleihung gefahren; er bedauerte, gab terminliche Gründe an, und das

Osloer Komitee hatte natürlich Verständnis dafür. Obama würdigt anscheinend den Friedensnobelpreis etwas mehr. Er wird nach Oslo kommen, wo er zweifelsohne eine seiner wunderbaren Reden halten wird – wie glaubwürdig kann diese aber nach seiner West-Point-Ankündigung sein? Aber ich habe eine Idee, wie er seinen Ruf wie auch den des Friedensnobelpreises noch retten könnte:

Barack, das Nobel-Komitee war ja besonders von Deiner "Vision" und Deiner "Arbeit für eine Welt ohne Atomwaffen" überzeugt. Und als Amerikanerin war ich durch Deine Rede in Prag tatsächlich "umgeworfen", als Du gewagt hast, unsere nationale Schuld zur Sprache zu bringen: "Als die einzige Weltmacht, die schon eine Atomwaffe eingesetzt hat, haben wir eine moralische Verpflichtung, zu handeln." Wow! Darauf solltest Du doch bauen.

Als Du im November in Japan warst, sagtest Du, dass es Dir "eine Ehre" wäre, als erster amtierender US-Präsident Hiroshima und Nagasaki zu besuchen, wo am 6. und. 9. August 1945 US-amerikanische Atombomben abgeworfen wurden. Manche behaupten, dass dieses

Verbrechen nicht so sehr der letzte Akt des Zweiten Weltkriegs war, sondern die erste Operation im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion: 200.000 bis 500.000 Menschen sind damals Opfer des Machtkalküls der USA geworden. Und Eisenhower sagte, die Atombombenabwürfe wären eigentlich gar nicht nötig gewesen, denn "Japan suchte zu diesem Zeitpunkt bereits einen Weg zu kapitulieren." Dennoch heißt es nach wie vor offiziell, die Atombomben hätten Japans Kapitulation herbeigeführt und damit vielen US-Soldaten und auch Japanern das Leben gerettet, die sonst im Endkampf um Japan gestorben wären. Diese Sichtweise bestimmt bis heute das Geschichtsbild der meisten US-Amerikaner. Präsident George Bush senior sagte 1991, die Atombomben hätten "Millionen von Leben gerettet".

Du aber, Barack, bringst unsere historische Kriegsschuld zur Sprache. Ohne das Bewusstsein und die Akzeptanz dieser Schuld wird es in der US-Außenpolitik nie eine wirkliche Änderung, einen Change geben können; ein Grund, warum ich die US-Soldaten und Veteranen so sehr bewundere, die unsere Kriegsschuld durch ihre Erzählungen der gemachten Erfahrungen offen legen. Ich bewundere auch Dich, dass Du unsere Verbrechen in Hiroshima und Nagasaki offen angesprochen hast. wofür manche in den USA Dich als Verräter beschimpft haben. Wer weiß, vielleicht wird irgendwann sogar ein neues Denkmal in Washington errichtet, das neben dem für die mehr als 50.000 in Vietnam gestorbenen US-Soldaten auch der drei Millionen vietnamesischer Ermordeter gedenkt.

Also, Barack, hier meine Idee: Weil Du leider bei Deinem Besuch in Japan die Einladungen nach Hiroshima und Nagasaki aus terminlichen Gründen nicht wahrnehmen konntest - das holst Du jetzt nach. An dem Tag, an dem die Air Force One nach Oslo startet, befiehlst Du, das Flugzeug stattdessen in Richtung Japan zu lenken. Dem Komitee in Oslo schickst Du einfach eine SMS: Wie Kissinger damals bedauerst auch Du, aus terminlichen Gründen doch nicht persönlich nach Oslo kommen zu können. Dann gehst Du am 10. Dezember direkt nach Hiroshima und Nagasaki. Dort muss Du gar keine Rede halten. Lieber schweigst Du. - "Yes, we can."

Elsa Rassbach lebt in Berlin, ist US-Amerikanerin, DFG-VK-Mitglied und Initiatorin der DFG-VK-Arbeitsgra



Zum Leserbrief von Ralf Cüppers in der ZivilCourage Nr. 3/2009, der den Kölner Aufruf gegen Computergewalt richtig findet und die DFG-VK auffordert, ihn "vorbehaltlos" zu unterstützen (was der DFG-VK-**Bundeskongress Anfang Oktober** auch beschlossen hat).

Ich möchte nicht, dass die DFG-VK diesen Aufruf unterstützt. Die Intention mag ja gut gemeint sein, aber leider habe ich starke inhaltliche Bedenken.

5-, 15- und 25jährige sitzen heute Stunden, Tage und Nächte vor Computern und Spielekonsolen. In "Spielen" wie "Counter-Strike", "Doom 3", "Call of Duty", "Halo 3", "Crysis", "Grand Theft Auto IV" u.a. üben sie systematisches und exzessives Töten mit Waffen vom Maschinengewehr bis zur Kettensäge.

Wissen die Autoren des Kölner Aufrufes eigentlich, dass die genannten Spiele keine Jugendfreigabe haben? Das heißt, dass es weder 5-Jährigen (da hätte ich übrigens gerne eine Quellenangabe), noch 15-Jährigen möglich sein sollte, überhaupt an solche Sachen ranzukommen. Sollte man nicht eher fordern, dass die bestehenden Gesetze durchgesetzt werden?

Mit 25 ist man übrigens kein Kind und kein Heranwachsender mehr, sondern seit geraumer Zeit volljährig und darf ganz legal saufen, bis der Arzt kommt, mit Zigarettenkonsum Krieg finanzieren, Kriegsliteratur, -Filme und -Spiele konsumieren, Soldat sein, als Söldner Karriere machen und als Waffenhändler richtig viel Geld verdienen...

Da könnte man doch froh sein, wenn diese Leute sich nur vorm Bildschirm austoben würden.

Kriegsspiele und militaristische Erziehung hat es schon lange vor dem multimedialen Zeitalter gegeben, man denke nur mal an Schach, Zinnsoldaten, Spielzeugpanzer und Kriegsprogaganda aller Art inkl. Military-Look als Moderichtung. Insofern erstaunt es mich nicht, dass die Kriegstreiber auch die

leichte Verwendbarkeit der Spieltechniken für echten Krieg begrüßen und fördern. Als Anti-Militaristin lehne ich das natürlich ab, aber selbstverständlich nutzen die Militärs neben vielen anderen Mitteln auch Computerspiele, um die Bevölkerung auf Krieg einzustimmen. Es wäre spannend gewesen, wenn im Aufruf konkrete Beispiele genannt worden wären, z.B. welche Killerspiele durch das Militär gesponsert werden.

Aber ab Punkt 3 "Wer profitiert vom Krieg in den Köpfen" dreht es sich nicht mehr um die genannten Killerspiele, die nur einen kleinen Bruchteil des gesamten Spielemarktes ausmachen, sondern nur noch ganz allgemein um "Computer-Spiele", die zur Anwerbung von Soldaten eingesetzt werden. Das stimmt auch. Aber gleich die gesamte Spiele-Branche als quasi Kriegsprofiteure zu brandmarken und die Medienwissenschaftler gleich mit, das ist schon starker Tobak. Genausogut könnte man jede Industrie, die Güter produziert, die auch vom Militär genutzt werden, als Kriegsprofiteure brandmarken - bis hin zum letzten Bauern, weil Soldaten ja auch essen.

Der Aufruf erinnert mich leider in weiten Teilen an die Diskussion über ein anderes Medium, das nach Ansicht der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in den 50er Jahren als "Massenerscheinung mit Gewöhnungstendenz" angesehen wurde - inklusive geistiger und sittlicher Gefährdung.

Das waren Comics. H. Fischer (per eMail)

Nachdem ich den Leserbrief von Herrn Cüppers gelesen habe, konnte ich mich nicht zurückhalten und sah mich gezwungen, eine Antwort zu verfassen: Herr Cüppers, Sie schreiben "dass das aktive oder passive Konsumieren von Gewalt zu einer messbaren Abstumpfung führt." Dies mag durchaus sein, dass das aber als Argument gegen so genannte Killerspiele verwendet wird, zeugt von Unkenntnis ñ nicht im medizinischen Bereich, sondern in dem Bereich der Computerspiele.

Wir haben bereits einen Jugendschutz, der das Zugänglichmachen von "Killerspielen" (z.B. Grand Theft Auto oder Doom) verbietet ñ entweder sind die Spiele indiziert oder mit einer Altersfreigabe ab 18 Jahren versehen ñ deshalb ist gerade der Jugendschutz in diesem Zusammenhang kein Argument, es geht um den Schutz von Erwachsenen.

Und bei dieser Zielgruppe kann man schon von einer gewissen Differenzierungsfähigkeit ausgehen, d.h. die Gewalt innerhalb der Spiele wird genauso wie die Gewalt in einem Horrorfilm als "Darstellung" begriffen ñ da ist die Distanzierung von der Gewalt in den Nachrichten wesentlich schwieriger

Wenn man dieser Argumentation folgt, müsste man also sehr viel mehr verbieten als nur Killerspiele. Wenn man das will, sollte man das auch sagen, und nicht versuchen, durch die Dämonisierung eines neuen Mediums, welches vielen hier immer noch etwas fremd (und damit auch unheimlich) ist, eine Zensur durch die Hintertür zu erreichen. Eine konsequente Umsetzung der bestehenden Regeln reicht völlig aus.

Zum anderen schreibt er "World of Warcraft hat ein Suchtpotenzial, das berufliche und soziale Existenzen vernichtet, und ist in der Beziehung mit den illegalen Drogen durchaus vergleichbar."

Auch diese Aussage verkennt wesentliche Dinge: Zum einen ist gerade World of Warcraft kein typisches Killerspiel ñ im Unterschied zu Counterstrike oder anderen "First Person Shootern" ist das Ambiente bewusst in eine Fantasy-Welt gesetzt, die zudem comichaft grafisch umgesetzt ist. Das ganze Spiel ist in der Art, wie Gewalt dargestellt wird, in etwa mit Tom & Jerry vergleichbar.

Und darum ging es doch, oder? Nicht darum, das jede Möglichkeit der Weltflucht süchtig machen kann, und auch nicht darum, das kapitalistische Konzerne versuchen, den Kunden bei der Stange zu halten (was der TV-Serie der "Cliffhanger" ist, ist bei WoW der zu ereichende "Erfolg", ist bei Büchern das "nur noch eine Seite lesen, ist gerade so spannend"), sondern es geht hier doch um Killerspiele?

Ich finde die Kritik - auch wenn ich mir sicher bin, dass der Autor von seinem Fachgebiet etwas versteht - vollkommen am Thema des Artikels vorbei.

Insofern: Setzen, 6, Thema verfehlt. Johannes Jaeger, Duisburg

#### Zu einer DFG-VK-Aktion in Berlin

Es wird nicht allen bekannt sein, dass die DFG-VK Berlin-Brandenburg erneut über die Stränge geschlagen hat mit Aktionen, abscheulich sind, dass man nur hoffen kann, dass sie außerhalb der Friedensbewegug nicht allzu häufig wahrgenommen werden. - Frankfurter Rundschau und Junge Freiheit berichteten darüber.

Mit dem Motto "Jeder Gefallene eine Flasche Schampus" und "Feste feiern, wie SIE (die Soldaten; Uta Binz) sind diese Leute als Pazifisten für mich absolut unglaubwürdig.

Als Protest gegen ein Ehrenmal der Bundeswehr verkleideten sie sich als Schweine in Uniform, die über Leichen gehen und ein Blutbad nehmen. In diesem Zusammenhang formulierten sie auch "wohin mit all den Särgen voll menschlichen Sondermülls?"

So etwas erinnert doch fatal an Hitlers "Mein Kampf", wo Juden als "Unge-

ziefer", das vertilgt werden muss, bezeichnet werden.

Die Gruppe in Berlin-Brandenburg möchte ñ wie wir alle ñ junge Leute vor dem Kriegsdienst warnen und glaubt, dies durch reißerische kabarettistischsatirische Auftritte zu erreichen. Dabei bedienen und verstärlen sie nur die Vorueteile und Ressentiments gegen unseren Verband. Mir sagte man u.a.: Die auf einen Toten ein Flasche Sekt trinken, sind die Ersten, die uns die Hälse abschneiden würden, wenn sie die Macht dazu bekämen. Die Friedensbewegung ist heuchlerisch, wir sind davon geheilt."

Um noch Schlimmeres zu verhüten,

sollten sich die Berlin-Brandenburger auf bewährte, fantasievolle Aktionen besinnen und nicht vergessen, dass der Zweck niemals die Mittel heiligen darf. Sonst werden sie denen, die sie anprangern wollen, verteufelt ähnlich.

Dass KDVer heute nicht mehr als "Drückberger" gelten, liegt sicher auch an einer Gesinnung, an der wir unbedingt festhalten sollten und die sich ausdrückt in: "... Wir wollen wie das Wasser sein, es reißt dieschwersten Mauern ein, und sind wir schwach und sind wir klein, das weiche Wasser bricht den Stein."

Uta Binz, DFG-VK Mainz





ach den Enthüllungen eines bekannten Boulevardblattes über den Bombenterror der Nato-Truppen in Afghanistan hatte die Bundesregierung zunächst noch geglaubt, durch die Opferung zweier Bauern die Offiziere und die Königin retten zu können. Doch dann musste Franz Josef Jung, schon ins Arbeitsministerium versetzt, doch noch den Hut nehmen, damit der neue Bundeswehr-Chef sich als oberster Aufklärer der Nation darstellen kann und auf die Kanzlerin kein Schatten der Mitschweigerschaft fällt. Dabei ist allen im Berliner Politikbetrieb längst klar: Was Jung wusste, müssen auch Merkel und ihr damaliger Kanzleramtsminister de Maiziere gewusst haben. Allerdings konnte ihnen mitten im Wahlkampf nicht daran gelegen sein, die blutigen Tatsachen des Afghanistankriegs öffentlich zu diskutieren. Also wurde ein Schutzmantel des Schweigens ausgebreitet.

Das Veto Jungs gegen einen Kriegsdienstverweigerer als Richter am Wehrsenat des Bundesverwaltungsgerichts Anfang Oktober erscheint nun in klarem Licht. Hier ging es darum, auch die Rechtsprechung dem politischen Schweigegelübde zu unterwerfen. Den Rücktritt Jungs haben bereits damals nicht nur Abgeordnete der Linken, sondern auch gewerkschaftlich organisierte Richter gefordert. Nun plant die Bundesregierung die Einrichtung einer "zentralen Justizstelle für Vergehen von Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz", die aber laut Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger "keine Militärgerichtsbarkeit" sein soll. Sicher, es wird sich um eine zivile Stelle handeln, vielleicht ganz zufällig angesiedelt in unmittelbarer Nähe zum Einsatzführungskommando in Potsdam. Doch welche Juristen bringen wohl den "gebündelten Sachverstand" mit, um an dieses Gericht berufen zu werden? An den Land- und Oberlandesgerichten müssen Juristen auch ohne praktische Erfahrungen über Straftaten wie organisierten Menschenoder Drogenhandel, Datenmissbrauch oder Kindesmisshandlung urteilen. Warum ihnen die Beurteilung von Straftaten deutscher Soldaten im Ausland nun zu kompliziert sein soll, erklärt die Ministerin im "Focus"-Interview deutlich: Nicht um bestmögliche Aufklärung geht es ihr, sondern um "Rechtssicherheit für die Soldaten".

Untersuchungsausschuss dringend erforderlich, allerdings reicht es nicht, wenn er sich ausschließlich mit der Informationspolitik im damaligen Hause Jung auseinandersetzt. Der Skandal ist nicht nur, dass ein Minister dem Parlament und der Öffentlichkeit Informationen gezielt vorenthalten hat, nicht nur, dass eine Bundesregierung die Unabhängigkeit der Justiz zerstört. Der wirkliche Skandal ist, dass im selben Atemzug eine Mehrheit der Abgeordneten für die Fortsetzung dieses Krieges mit denselben Mitteln stimmt. Im Krieg werden keine Fehler gemacht, der Krieg selbst ist der Fehler!



Kathrin Vogler, von 1995-2001 DFG-VK- Bundessprecherin und von 2002-2009 Geschäftsführerin

beim Bund für Soziale Verteidigung, ist Abgeordnete für Die Linke im Deutschen Bundestag und dort stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.

# Gemeinsam und mit Vielfalt die DFG-VK weiter entwickeln

In Hannover fand Anfang Oktober der 17. Bundeskongress der DFG-VK statt/Von Monty Schädel

Is am Wochenende nach der Bundestagswahl der 17. Bundeskongress der DFG-VK in Hannover stattfand, dürfte den meisten politisch Interessierten – auch ohne die Ergebnisse des erst noch auszuhandelnden Koalitionsvertrag zu kennen – klar gewesen sein, dass sich die friedenspolitischen Aussichten nicht verbessern würden.

Die Regierungsparteien stehen nicht wirklich für eine Friedenspolitik, die andere als die eigenen Interessen gleichberechtigt behandelt, dem Rüstungsexport Einhalt gebietet oder der Ausweitung von Bundeswehreinsätzen weltweit oder im Inneren deutliche Grenzen setzt oder sie gar verhindert. Da dieses in der DFG-VK überwiegend bekannt ist, waren die Diskussionen und Beschlüsse auf dem Bundeskongress denn auch davon geprägt, die Zukunft unserer antimilitaristischen Arbeit zu gestalten.

Mit Vertretern antimilitaristischer und militärkritischer Gruppen wurden zum Auftakt Unterschiede und Gemeinsamkeiten der politischen Vorstellungen und Aktionsformen diskutiert. Breiten Raum nahm dabei die Frage der Akzeptanz oder Nichtakzeptanz von Gewalt in der antimilitaristischen Arbeit ein.

In der Strategiediskussion am Samstagvormittag wurden darüber hinaus sowohl Erfolge aufgeführt, wie auch Kritik geübt und Vorstellungen für die Zukunft

## Bericht des Bundessprecherkreises zum Bundeskongress (Auszüge)

#### Afghanistankrieg

Da sich in dem Afghanistan-Krieg unterschiedliche Themenfelder aus der Arbeit der DFG-VK-Gliederungen wiederfinden (die Ablehnung des Krieges, der Rüstungsproduktion sowie von Rüstungsexporten, die Gestaltung des Bundeshaushaltes, die Ablehnung der Militarisierung des öffentlichen Lebens sowie von Atomwaffen, die Unterstützung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern...) und der Krieg sich weiter zuspitzte, nahm die Unterstützung und Organisation friedenspolitischer Aktivitäten gegen diesen Krieg auch einen großen Teil der Aktivitäten des BSK in Anspruch. Die Ablehnung gegen diesen Krieg wird stärker. Selbst in den USA und in Großbritannien ist zum ersten Mal seit Kriegsbeginn die Zustimmung zum Afghanistan-Krieg unter 50 % gesunken.

Im Berichtszeitraum unterstützte der Bundesverband der DFG-VK die Bestrebungen unterschiedlicher Kräfte der Friedensbewegung, die diversen Spektren der Bewegung in der Afghanistaninitiative "Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!" zu vereinigen. Ebenso wurden die Vorbereitungen und Durchführung einer Afghanistankonferenz im Frühjahr 2008 in Hannover unterstützt. DFG-VK-Gliede-

rungen nahmen das Thema bei Informationstouren, mit Saalveranstaltungen, unterschiedlichen Aktionen, regionalen Kundgebungen sowie Demonstrationen auf und brachten es so in unterschiedlicher Form in die Öffentlichkeit.

Die DFG-VK war als einzige Organisation in der Bundesrepublik in der Lage, bundesweit zu den Demonstrationen am 20. September 2008 in Berlin und Stuttgart zu mobilisieren (u.a. auch über die Aktionsseite www.afghanistankampagne.de und unsere Internetseite www.dfg-vk.de).

Leider sind wir trotz erheblicher Anstrengungen noch weit davon entfernt, flächendeckend Veranstaltungen und Aktionen zu diesem Thema durchführen zu können oder über Medien gezielt große Teile der Bevölkerung zu erreichen. Im Bündnis mit anderen Kräften der Friedensbewegung sollten künftig gemeinsame Strategien verfolgt und unterschiedliche Themen verbunden werden.

#### Nato-Gipfel

Vom Beginn der Vorbereitung an war Bundessprecher Monty Schädel in die Proteste gegen den Nato-Gipfel 2008 in Straßburg-Kehl/Baden-Baden eingebunden. Durch intensive und engagierte Arbeit war er in herausragender Position und konnte Positionen der DFG-VK in die Protestvorbereitungen mit einbringen. Darüber erreichte er einen Bekanntheitsgrad, der ihn zu einem gefragten Mann für Bündnispartner und Medien machte. Fernsehauftritte in Nachrichten und Sondersendungen, Porträts in überregionalen Zeitschriften sowie in vielen regionalen und überregionalen Tageszeitungen und Radiosendern brachten dem Verband viel Öffentlichkeit. Daneben war auch Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer in der Protestvorbereitung engagiert.

Mit eigenen, einheitlich gestalteten und ansprechende Materialien warb die DFG-VK für den Protest und informierte über die Kriegspolitik der Nato. Mit tatkräftiger Unterstützung der Gruppe Mittelbaden wurde bereits im Vorfeld des Gipfels ein Informationsbüro in der Protestregion (Offenburg) eingerichtet, das eine wichtige Anlaufstelle für die Öffentlichkeit und die Medien wurde. Über eine eigene Aktionsdomain wurde auf die Themenseite zum Nato-Protest der zentralen DFG-VK-Homepage verwiesen. Dort waren Informationen unseres Verbandes und aktuelle Entwicklungen der Protestvorbereitungen sowie Hinweise zu unseren PartnerInnen zu finden.

Das Bündnis zur Vorbereitung gewaltfreier Aktionen zum Nato-Gipfel *Na*-



## Der neu gewählte (und zugleich bisherige) Bundessprecherkreis | Die Wahlergebnisse



54 3

Bernd Baier 82 (85) Jürgen Grässlin

3 90 (87)

Wolfgang Menzel 3 80 (70)

Monty Schädel 48 8 4 80 (89)



Thomas Carl Schwoerer 1 90 (85) 53 5

der DFG-VK-Arbeit formuliert. Mehrfach wurde betont, was sich dann später auch in den Beschlüssen des Bundeskongress wiederfand, dass wir in unserem Verband nur gemeinsam unsere Ziele erreichen können.

Auch wenn von verschiedenen Seiten hervorgehoben wurden, dass die Konzentration des Engagements für bestimmte Themenbereiche der Friedensarbeit zu bestimmten Zeiten notwendig ist, fand das vielfältige Engagement der DFG-VK-Mitglieder und -Gliederungen als großer Vorteil unseres Verbandes breite Bestätigung. Dabei käme es dann vor allem darauf an, dass die unterschiedlichen Themenfelder und Aktivi-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

to-ZU (Nato-Ziviler Ungehorsam) wurde durch den BSK ebenso unterstützt wie die Aktionskonferenzen und der spektrenübergreifende Aufruf zu den Protesten. Der Gegengipfel der internationalen Friedensbewegung wurde maßgeblich von den DFG-VK-Mitgliedern Hannelore Tölke und Kai-Uwe Dosch organisiert.

#### Kampagne "Schritte zur Abrüstung"

Der Bundessprecherkreis unterstützte auch in den beiden vergangenen Jahren die Ziele und Arbeit der Verbandskampagne "Schritte zur Abrüstung". Die Kampagne hat sich nach Ansicht des BSK zu einer Plattform der DFG-VK entwickelt, die die Ziele unseres Verbandes breit nach "außen" trägt und ein Bindeglied zwischen Aktivitäten der DFG-VK und anderer Gruppen der Friedensbewegung darstellt.

Auch die BSK-Mitglieder nutzten ihre Auftritte bei Friedensveranstaltungen und Veröffentlichungen in Zeitungen, um auf die Schwerpunktthemen der Schritte-Plattform hinzuweisen. Monty Schädel nahm kontinuierlich an den Diskussionsprozessen und Telefonkonferenzen der AG teil, wodurch ein kontinuierlicher Informationsaustausch zwischen dem BSK und der AG gesichert wurde. Mit der Erstellung unterschiedlicher Materialien für den Bundesverband hat die Schritte-Arbeitsgruppe Materialien entwickelt, die von DFG-VK-Gliederungen und darüber hinaus bundesweit nachgefragt wurden und unseren Verband bekannt machten.

Trotz der positiven Entwicklungen der Plattform hält der BSK eine personelle Verbreiterung der "Schritte-AG" ebenso für notwendig wie eine engere Verbindung und Zusammenarbeit mit anderen Aktionen/Kampagnen/Initiativen des Verbandes.

#### Stoppt Rüstungsexporte!

Der BSK unterstützte die Kampagne "Wir kaufen keinen Mercedes: Bovkottiert Streumunition!". Vor Mercedes-Niederlassungen und an zentralen Plätzen wurden im Berichtszeitraum in Berlin, Stuttgart, Freiburg, Bad Säckingen, Köln, Braunschweig, Ingolstadt, Stade und Mannheim Aktionen zur Streumunitionskampagne durchgeführt.

Im Frühjahr 2009 wurde die Kampagne um den Aspekt der Rüstungsexporte von Daimler/EADS ("Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Rüstungsexporte!") erweitert. Die Website www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de wird von der DFG-VK betreut.

Für die DFG-VK thematisierte Jürgen Grässlin bei vielzähligen Vorträgen bundesweit sowie bei Pressekonferenzen, in Gegenanträgen und Redebeiträgen bei den Hauptversammlungen 2008 und 2009 in Berlin die Rüstungsverwicklung der Daimler AG als größter Anteilseigner der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS). Daimler/ EADS ist Deutschlands führender Rüstungsexporteur und Europas zweitgrößter Rüstungsriese. Waffen von Daimler/EADS wurden im Berichtszeitraum in Krisenregionen und an menschenrechtsverletzende Staaten in aller Welt exportiert.

Am 28. März 2009 übergaben Jürgen Grässlin, Stephan Möhrle und Prof. Wolfram Wette für die DFG-VK und weitere Organisationen die "Waldkircher Erklärung: Stoppt den Rüstungsexport!" mehr als 14.500 Unterschriften an Staatsminister Gernot Erler. Darin wird die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung als "Skandal ohne Grenzen" bezeichnet und gefordert: "Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!"

### Jugendarbeit "Projekt Frieden"

Nach dem Schulmassaker von Winnenden aktualisierten Jürgen Grässlin und Stephan Möhrle in Kooperation mit dem RIB e.V. den Vortrag und die Projekteinheit-01 (PE) "Krieg in Kinderköpfen -

Fortsetzung auf der nächsten Seite



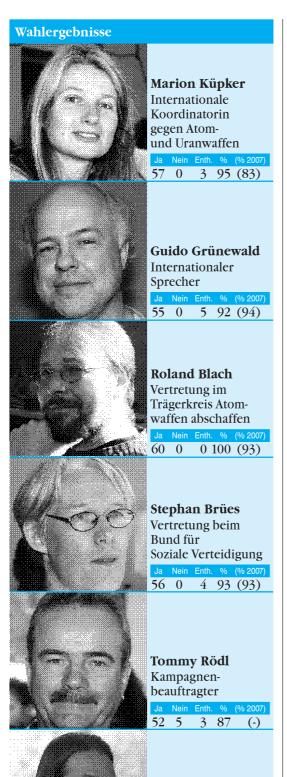








Gäste und Referenten beim Bundeskongress: Peter Strutynski, Bundesausschuss-Friedensratschlag; Andreas Speck, WRI-Geschäftsführer; Kathrin Vogler, Bundestagsal



täten der DFG-VK miteinander abgestimmt würden und ein gemeinsames Wirken und Erscheinungsbild des Verbandes erkennbar bleiben.

Im Rechenschaftsbericht des Bundessprecherkreises und der dazu geführten Diskussion wurde denn auch deutlich, dass die DFG-VK mit ihrer in den vergangenen Jahren stetig steigenden Abstimmung untereinander in der Außenwirkung gewonnen hat. Wenn auch nicht alles ohne Schwierigkeiten und vieles nur mit umfangeichen Diskussionen möglich war, ist ein positiver Trend unserer Verbandsentwicklung nicht zu leugnen. Letztlich ist das auch an den kontinuierlich steigenden Eintritten und den abnehmenden Verlusten in der Mitgliederstatistik erkennbar.

Um diesen Trend fortzusetzen wurden auf dem Bundeskongress denn auch nicht Papiere und Erklärungen von "weltverbesserndem Ausmaß" beschlos-

sen, sondern die Fortsetzung solcher Initiativen vereinbart, die sich in den vergangenen Jahren etabliert hatten, überwiegend erfolgreich waren oder aber aktuellen Erfordernissen entsprachen.

Die neue Bundesregierung will zumindest in Verhandlungen zu den in der Bundesrepublik noch lagernden US-Atomwaffen treten. Wir werden dieses mit Protesten zu Ostern (selbstverständlich) und an anderen Terminen immer wieder in Erinnerung bringen.

Mit Kleinwaffen und Rüstungsexporten beteiligt sich die Bundesrepublik intensiv an den Kriegen in der Welt, selbst wenn sie keine deutschen Soldaten mit vor Ort hat. Wir werden auch weiterhin an den Rüstungsstandorten und bei den Rüstungskonzernen dagegen protestieren.

Natürlich sind auch die Kriegseinsätze der Bundeswehr ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt unseres Verbandes. Mit "Schritte zur Abrüstung" werden wir

## Bericht des Bundessprecherkreises zum Bundeskon

vom virtuellen Spiel zum realen Schlachtfeld". Die PE wird von Jugendeinrichtungen und Schulen eingesetzt.

#### Kriegsdienstverweigerung

Die Kriegsdienstverweigerung und die Beratung von Kriegsdienstverweigerern ist auch weiterhin ein wichtiges Thema der DFG-VK. Im Berichtszeitraum wurden nach Beschlüssen des Bundesausschusses zwei bundesweite Treffen zur Information und Diskussion zum KDV-Recht und zur Beratungspraxis durchgeführt. Dabei fiel auf, dass viele Berater der DFG-VK die jungen Menschen leider auf Grundlage überholter Kenntnisse falsch beraten. Über das Ziel der Beratung (Null-Dienst, Zivildienst, Totalverweigerung) gibt es in der DFG-VK auch weiterhin unterschiedliche Positionen.

Zusätzlich zur Beratung von KDVern wurde für viele Aktive die Arbeit gegen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr ein neues Feld der Betätigung in diesem Themenbereich. DFG-VK-Mitglieder leisteten Antirekrutierung in und vor Arbeitsämtern, auf Messen, auf Marktplätzen in und vor Schulen.

Durch das konsequente Auftreten Kriegsdienstverweigerung und durch die Unterstützung einzelner totaler Kriegsdienstverweigerer durch Gliederungen des Verbandes und den politischen Geschäftsführer sind Totalverweigerer auch wieder auf die DFG-VK als Organisation aufmerksam geworden.

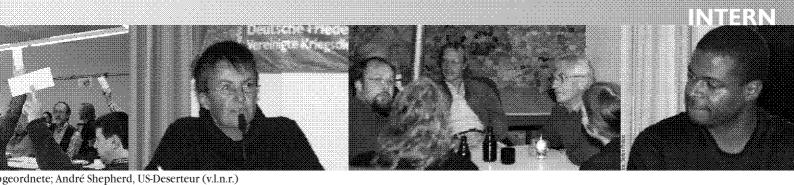
Auf Grund der internationalen Entwicklungen nahm für viele DFG-VK-Gruppen die Bedeutung von Solidaritätsarbeit für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer der US-Streitkräfte zu. In diesem Zusammenhang intensivierte sich im Berichtszeitraum die Zusammenarbeit zwischen dem DFG-VK-Bundesverband und dem seit längerem in diesem Bereich arbeitenden Connection e.V. Der BSK unterstützte durch Öffentlichkeitsarbeit mehrere in der Bundesrepublik stationierte US-Kriegsdienstverweigerer und die Veranstaltung Winter-Soldier in Freiburg im Frühjahr 2009 mit US-Kriegsveteranen. Mit verschiedenen Partnern wurde im Juni 2008 eine Informationstour durch die

**Kai-Uwe Dosch** 

War Resisters'

Vertretung bei den

International (WRI)



auch weiterhin unseren Weg zur Abschaffung des Militärs sowie zu einer gerechten und friedlichen Gesellschaft voranschreiten.

Um unsere Aktionsformen den aktuellen Bedingungen anzupassen und ggf. in der Öffentlichkeit auch mit weniger Aktiven unsere Ziele verbreiten zu können, hat der Bundeskongress die Durchführung einer Aktionskonferenz vereinbart (siehe den Artikel von Roland Blach auf Seite 16 in dieser Ausgabe der **ZivilCourage**). Neben der Verbreitung unserer Ziele wollen wir so auch erreichen, dass junge Menschen nicht nur bei der Suche nach Beratung für ihre Kriegsdienstverweigerung auf uns aufmerksam werden oder als ein Überbleibsel des kalten Krieges wahrnehmen. Sie, aber auch andere Teile der Gesellschaft, sollen die Friedensbewegung, die DFG-VK auch als Ort zum Mitmachen erleben.

#### Natürlich können diese Beschlüsse

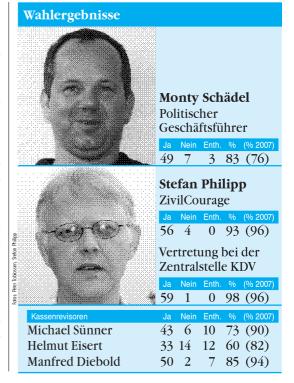
der Bundesebene oder den Funktionären erreicht werden. Außer dem politischen Geschäftsführer der DFG-VK ist keiner der für die DFG-VK auf dem Bundeskongress gewählten Verantwortlichen im Hauptberuf für die DFG-VK tätig. Alle müssen noch einer anderen Beschäftigung nachgehen und sind so auch auf die Unterstützung aus den Gliederungen, den Landesverbänden, Gruppen und Arbeitsgemeinschaften, sowie einzelner Mitglieder angewiesen.

Nur gemeinsam können wir die Arbeit im Verband gestalten, für den Verband und unsere Ziele werben!

# **Friedensarbeit sichtbar machen:** Um die Werbung für die Ziele und neue

Mitglieder DFG-VK zu erleichtern, können alle Interessierten auch auf die Materialien des Verbandes zurückgreifen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



## gress (Auszüge)

Bundesrepublik mit dem US-Kriegsdienstverweigerer James Gilligan organisiert. Im Herbst 2008 konnte nach engagierter Koordinationsarbeit der Aktivistin Elsa Rassbach eine bundesweite Arbeitsgruppe der DFG-VK zur Unterstützung von amerikanischen Soldaten und gegen ausländische Stützpunkte gebildet werden.

#### Sonstige Aktivitäten

Durch die regelmäßige Teilnahme des politischen Geschäftsführers an den Beratungen des Kooperationsrates der Kooperation für den Frieden und des Bundesausschusses Friedensratschlag ist es gelungen, Positionen und Initiativen aus der DFG-VK auch in diesen Bündnissen der Friedensbewegung bekannt zu machen, zu verbreitern und teilweise abzustimmen. Die DFG-VK konnte so ihre Stellung innerhalb der Friedensbewegung als bundesweiter Partner für andere ausbauen.

**Fazit:** Die Stellung der DFG-VK innerhalb der Friedensbewegung hat sich in

den vergangenen zwei Jahren durch das Engagement ihrer Aktiven weiter verbessert. Mitglieder, die sich auch in anderen Friedensorganisationen oder regionalen Bündnissen engagieren, fanden zurück zur DFG-VK und treten auch wieder als Mitglieder unseres Verbandes auf. Die DFG-VK hat organisatorische und fachliche Kompetenzen in sich gebündelt. Sie sollten noch intensiver abgestimmt und gemeinsam genutzt werden.

#### Mitgliederwerbekampagne

Für die Existenz einer Organisation sind neben den Aktiven auch passive Mitglieder, die zur Finanzierung der Arbeit des Verbandes beitragen, von Bedeutung. Der Bundeskongress 2007 hat deshalb ein ehrgeiziges Ziel festgelegt und Mitgliederwerbung zu einer wichtigen Aufgabe des Verbandes bestimmt. In der Folge wurde ein neuer Mitgliederwerbeflyer erstellt und Werbekarten gedruckt. Ebenso wurden Broschüren zur Vorstellung des Verbandes neu erstellt. (Motto "Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!"). In der ZivilCourage wie auch auf unserer Internetseite hat die Mitgliederwerbung ihren festen Platz. Dadurch konnte die Zahl der Eintritte in die DFG-VK erhöht und die der Austritte verringert werden. Wichtig für dieses Ergebnis waren dabei ohne Zweifel die politische Öffentlichkeitsarbeit insbesondere während des G8-Gipfels, die Aktivitäten gegen den Afghanistankrieg und der Nato-Protest 2009 sowie die Aktivierung von Ortgruppen bzw. die Anstrengungen, aktive Gruppen aufrechtzuerhalten.

Fazit: Der Verband hat in den beiden vergangenen Jahren sein Potenzial nicht voll ausnutzen können. Dennoch konnte eine Konsolidierung der Mitgliederzahlen erreicht werden. Für eine weitere Stärkung der DFG-VK ist eine aktive Mitgliederwerbung ebenso unerlässlich wie eine kontinuierliche Mitgliederbetreuung. Dieses kann und muss vor allem durch die Gliederungen des Verbandes in den Regionen und vor Ort erfolgen.

#### Abschlussresolution des Bundeskongresses

Der Afghanistan-Krieg tritt in seine entscheidende Phase. Die Nato, die sich vor der Bundestagswahl mit Forderungen wohlweislich zurückgehalten hat, dürfte nun bald den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, obwohl es neuerdings auch in den USA und Großbritannien Mehrheiten gegen diesen Krieg gibt, der bereits deutlich die Dauer des Zweiten Weltkriegs überschritten hat; in den USA ist es sogar eine Dreiviertelmehrheit der Demokraten.

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Dieser Krieg leistet nicht einmal einen positiven Beitrag gegen Terrorismus - Terroristen brauchen kein Land, um große Anschläge zu verüben, ein paar Zimmer in einer Großstadt genügen. Der "Krieg gegen den Terror" dient nur als Vorwand, die USA wollen eine lang andauernde Anwesenheit mit ihren Truppen in Afghanistan. Ihre Strategen betrachten dieses Land als wichtige Position im "großen Spiel" um die Öl- und Gasvorräte im Mittleren Osten, als strategische Basis gegenüber Russland, China und dem Iran. Auch andere Kriegsgründe, wie z.B. der Schutz einer demokratischen Regierung, der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, die Sicherung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte der Frauen, dienen vorrangig der Legitimierung des Kriegseinsatzes. Je länger Soldaten in Afghanistan bleiben, je unklarer die Perspektive zur Beendigung des Krieges, desto mehr wird sich die Situation dort und auch in Pakistan verschlechtern.

Die Delegierten des 17. Bundeskongresses der DFG-VK fordern die neue Bundesregierung auf, nicht weiter das Blut der Männer, Frauen und Kinder Afghanistans zu vergießen. Als ersten Schritt fordern die Delegierten die umgehende Einstellung aller Angriffsoperationen, insbesondere der Luftangriffe gegen die afghanische und pakistanische Bevölkerung. In diesem Sinne soll die Bundesregierung selbst handeln und darüber hinaus ihren Einfluss innerhalb der Nato geltend machen. Ein festes Datum für den völligen Abzug der Nato-Truppen sollte gekoppelt sein mit Verhandlungen über ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen, an denen sowohl lokale Akteure als auch die Nachbarländer Afghanistans beteiligt werden müssen, sowie mit einer deutlichen Aufstockung der zivilen Aufbauhilfe zu Lasten der militärischen Ausgaben. Bisher stehen diese Aufwendungen im Verhältnis 1:11 zueinander. Die weitere Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan wird entschieden abgelehnt. Die Delegierten wissen sich in diesen Forderungen einig mit der deutlichen Bevölkerungsmehrheit und einer zunehmendn Anzahl von Stimmen, die sich in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen.

Bis zur erneuten Abstimmung über die Verlängerung des Krieges im Dezember 2009 im Bundestag wird die DFG-VK mit Veranstaltungen sowie Aktionen regional und bundesweit für einen Truppenabzug und eine friedliche Lösung des Konfliktes werben.



Nicht alles muss in den Gliederungen extra hergestellt werden. Eine ganze Reihe von Materialien zu unterschiedlichen Themen sind beim Materialversand vorrätig und können dort für die Arbeit vor Ort bestellt werden. Aktuelle neue Materialien sind unter anderem:

DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.				
Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12 € einschließlich Porto.				
Vorname				
Name		9		
Straße		Ī		
PLZ/Ort				
Datum/ Unterschrift	X			
Ich bezahle bequem per Bankeinzug				

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgen den zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redak tion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufer

kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage au-

An die ZivilCourage-Redaktion Postfach 900843 21048 Hamburg



POSTKARTE



#### Flyer "Verhandeln statt schießen"

Um unsere Aktivitäten gegen den Afghanistan-Krieg inhaltlich zu unterfüttern, haben wurde der DFG-VK-Flyer "Verhandeln statt schießen. Afghanistan-Krieg beenden" vollständig aktualisiert.

#### Flyer "Konflikte zivil bearbeiten"

Der aktualisierte DFG-VK-Flyer "Konflikte zivil bearbeiten" führt in das Thema Zivile Konfliktbearbeitung ein, beschreibt Methoden, verweist auf praktische Beispiele und gibt so erste Einblicke in unsere Alternativen zum Krieg. Außerdem wird auf die Unvereinbarkeit von Ziviler Konfliktbearbeitung und der zivil-militärischen Zusammenarbeit erläutert.

#### Aufkleber "Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan"

Der bereits im vergangenen Jahr zu den Afghanistandemos im September verbreitete Aufkleber wurde jetzt überarbeitet und weist neben der Forderung der Friedensbewegung auf unsere Aktionsseiten zum Afghanistankrieg www. afghanistankampagne.de hin.

Auch die diesem Heft beiliegende Weihnachtskarte kann im Materialvertrieb bestellt werden. Übermittelt FreundInnen und Bekannten zu den Feiertagen eure Grüße und verbindet es mit einer Werbung für unseren Verband.

Und: Auch weiterhin sind wir dringend auf Spenden und neue Mitglieder in der "Familie DFG-VK" angewiesen.



Diese und andere Materialien können über die Homepage der DFG-VK (www.dfg-vk.de/material) angesehen und im Materialversand-Pazifix der DFG-VK, Haußmanstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2319479, eMail material@dfg-vk.de bestellt werden.

Monty Schädel ist Politischer Geschäftsführer der DFG-VK. ZC

# DFG-VK-Beitrittserklärung

## Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu. Vorname Nachname Geburtsdatum PLZ, Ort Straße und Hausnummer Telefon @

eMail

Datum und Unterschrift

	ш

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

Förderbeitrag (Stufe 5)

Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro

Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro

18 Euro

Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro

Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro

Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

vierteljährlich

halbjährlich

jährlich

#### Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in
Bank
BLZ
Kontonummer
Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto: Nummer 8304600 Bank für Sozialwirtschaft Köln BLZ 37020500



## DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Ladies and Gentlemen, we ... sorry, why in german? Ah, für die deutsche Fans...

die Nobel-Prize of Peace, die Stückpreis für die Nobel, Mein Damen und Herrn,

Weil das sind noch kein Taten von mir. Der Preis war schneller ist meine. Aber ich bin ihm nicht wert. als ich. Aber vielleicht, mein Taten, die größten, liegen schon

Weil ich habe zurückgegeben die Menschen die Floskeln: hinter mir.

Yes we can. Das ist ein Sprechblasen für den Volk.

Der Volk braucht keine Taten, es braucht Träume.

Die Preis ehrt mein Traumwelt, weil mein Träumen sich sprechen am kürzesten. Yes we can. Kürzer war noch nie ein Traum.

Ich habe Träume für den Sekundenschlaf. Die Welt fragt: Warum Friedensnobelpreis in dem Moment, wo ich denke über 40.000 Soldaten mehr zu schicken in den Welt.

Aber erst wir brauchen Krieg, dann kommt Frieden.

So hat auch Mister Nobel erfunden erst die Dynamit, und dann die Friedensnobelpreis. Erst muss gehen den Welt in die Luft, dann



Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

**DFG-VK** Kasseler Straße 1A 60486 Frankfurt

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft-